

Ausgabe 3 / Juli 2002

caritas in NRW

Zeitschrift der Diözesan-Caritasverbände Aachen, Essen, Köln, Münster und Paderborn

Arbeitslosigkeit ist das dringendste Problem
unserer Wohlstandsgesellschaft – wer findet eine Lösung?

Arbeit verzweifelt gesucht

BLICKPUNKT: „Die Zukunft bewegen“
Kampagne der Freien Wohlfahrtspflege
Nordrhein-Westfalen zur Situation in der
Pflege

ISSN 1617-2434
G 5546

BISTUMSSPIEGEL
Caritas in Ihrer Region – Menschen in der Caritas





Liebe Leserin, lieber Leser,

Zum zweiten Mal innerhalb von vier Jahren widmet „caritas in NRW“ dem Thema Arbeitslosigkeit einen Schwerpunkt. „Mehr als vier Millionen Arbeitslose leben mit Gefühlen der Angst, der Perspektivlosigkeit und des persönlichen Versagens“, hieß es damals auf dem Titel. Wir könnten es heute fast genauso wieder hinschreiben.

„Die Lage ist dramatisch schlecht“, sagte damals der Präsident des Landesarbeitsamtes in einem Interview mit meinem Vorgänger Jobst Rüthers. Hat sich die Lage entscheidend geändert? Leider nein.

Es scheint, als ob die Menschen in diesem Land den verantwortlichen Politikern aller Parteien, den Unternehmern und Gewerkschaften nicht mehr zutrauen, die Arbeitslosigkeit effektiv zu bekämpfen. Es scheint, als ob man sich damit abfindet, keine Lösung für das dringendste Problem unserer Wohlstandsgesellschaft zu finden. In einer Zeit der zunehmenden Globalisierung, des weltweiten Zusammenwachsens der Firmen und ihrer Märkte, ist eine Stimmung der Machtlosigkeit und der Gleichgültigkeit entstanden.

Auch die Solidarität mit den Benachteiligten schwindet. Arbeitslosigkeit wird als individuelles Versagen, als unabwendbares Schicksal angesehen. Wer nicht betroffen ist, schaut weg. Und noch immer fehlen den Arbeitslosen effektive Lobby-Organisationen mit einer ähnlichen Durchsetzungskraft wie die Verbände der Wirtschaft und die Gewerkschaften.

Die Caritas begreift Arbeitslosigkeit als größte soziale Herausforderung unserer Zeit. Sie hilft Menschen in zahllosen Projekten und Initiativen, mit der Arbeit ihr Selbstwertgefühl und ihre Achtung zurückzuerlangen. Denn Arbeit zu haben ist ein Grundrecht des Menschen. Aber Caritas tut mehr: Sie agiert zunehmend als Anwalt der Arbeitslosen. Kleine Erfolge machen Mut zum Handeln. Auch davon berichtet dieses Heft.

Herzlichst,
Ihr

Markus Lahrman
Chefredakteur



Inhaltsverzeichnis



„Wer die Butter hat, wird frech“ 4
Arbeitslos – ausgegrenzt – abgeschrieben

„Es entsteht eine Gegenwelle“ 6
Interview mit Harald Schartau

Professionelles Niveau 8
Caritas profiliert sich als Träger von Arbeitslosenmaßnahmen

Wohin denn? 10
Vermittlung allein reicht nicht aus

Späte Chance 12
Neue Helferstellen im Pflegebereich

1 400 Schicksale 16
Die Caritas-Werkstatt Schierwaldenrath



Defizite in Gesellschaftspolitik 22
PISA deckt Zusammenhänge auf

Kampagne zur Zukunft der Pflege 24
Aktion der Freien Wohlfahrtspflege

Benachteiligung von Schwangeren 25
NRW-Caritas startet Initiative zur Änderung des Sozialhilferechts

Impressum 25



Aachen	26	Münster	42
Essen	32	Paderborn	47
Köln	37		



Schwerpunkt

„Wer die Butter hat, wird frech“

Arbeitslos – ausgegrenzt – abgeschrieben

Von Alfred Hovestädt

Als Andreas M. das Büro des Arbeitsamtes verließ, fühlte er sich mies und deprimiert. Das Gespräch mit dem Arbeitsvermittler hatte seinen ganz eigenen Charme gehabt. So ähnlich musste sich ein Patient fühlen, dem der Arzt seine niederschmetternde Diagnose mitteilt: „Seien wir ehrlich, Ihre Chancen mit 54 noch einen Arbeitsplatz zu finden, sind sehr gering. In Ihrem Alter sind Sie kaum mehr zu vermitteln.“



Das Urteil „schwer vermittelbar“ war ihm noch in den Ohren, und es hörte sich für ihn an wie „unheilbar“ oder „schwer erziehbar“. Eine Qual waren die Gespräche mit Freunden und Verwandten in den folgenden Wochen. Entweder hatte er das Gefühl, sich irgendwie rechtfertigen zu müssen, oder aber er wurde bemitleidet. „Wer wirklich arbeiten will, der findet auch Arbeit.“ – Solche Sprüche hingen ihm zum Hals heraus. Noch schlimmer aber war es, wenn er mitbekam, wie Bekannte über Arbeitslose herzogen.

Eine brennende Wunde

Immer mehr Menschen werden langfristig aus dem Erwerbsarbeitsprozess ausgegrenzt und damit, manchmal unumkehrbar, an den Rand der Gesellschaft gedrängt. Bereits nach wenigen Wochen ziehen sich Menschen ohne Arbeit zurück, fühlen sich einsam.

Altlandespräsident Roman Herzog warnte bereits vor Jahren die Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft vor einem Versagen gegenüber der Arbeitslosigkeit, die er als „brennendste Wunde in unserer Wohlstandsgesellschaft“ bezeichnete. Seine Warnungen haben nichts von ihrer Aktualität eingebüßt. Nach Berechnungen des Institutes für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) fehlen gegenwärtig rund sechs Millionen Arbeitsplätze.

Der überragende Stellenwert der Arbeit in unserer Gesellschaft wird deutlich in Erfahrungen, die Menschen machen, die gerade keine Arbeit haben. Was allein zählt, sind Leistungsfähigkeit und Produktivität. Menschen, die längerfristig auf die Solidarität anderer angewiesen sind, kommen unter Rechtfertigungsdruck. „Eine der schauerlichsten Folgen der Arbeitslosigkeit“, hat Kurt Tucholsky einmal gesagt, „ist wohl die, daß Arbeit als Gnade vergeben wird. Es ist wie im Kriege, wer die Butter hat, wird frech.“

„Faktor der Desintegration“

Weil Arbeitsplätze Mangelware sind, gilt Arbeit als hohes Gut. „Arbeit“ wird zu einem uneingeschränkt positiven, nicht hinterfragbaren Begriff. Nahezu alles ist gut, wenn es nur Arbeit schafft, Arbeitsplätze bringt. Ein Blick in die Geschichte zeigt, nicht zu allen Zeiten war dies der Fall. In der Antike wurde Arbeit, insbesondere handwerkliche Arbeit, gering geschätzt. Jede Lohnarbeit, so Aristoteles, beraube das Denken der Muße und gebe ihm eine negative Richtung. Sein Vorgänger Platon bemerkte bereits spöttisch, dass nur derjenige arbeite, der es eben nötig habe. Und Sokra-

tes, seinerseits geistiger Vater Platons, nannte die Muße die Schwester der Freiheit. Die ideale griechische Gesellschaft bestehe aus Bürgern, die nicht faul sind, sondern in Muße ihrer Tätigkeit zum Wohle des Staates nachgehen. Er verstand darunter zum Beispiel das Diskutieren auf dem Marktplatz, das Bekleiden von Ämtern oder das Aufführen von Dramen. Arbeit galt als Mühsal und Notwendigkeit, wenn man der Armut entfliehen wollte. Sie war letztlich Sache der Sklaven, der Unfreien.

Ob nun gut oder schlecht, Arbeit spielt eine wichtige Rolle im Leben jedes Menschen. Die Menschen heute haben ein Bedürfnis zu wissen, was sie mit ihrer Zeit anfangen sollen. Zeit, die nicht durch Arbeit ausgefüllt ist, wird von vielen als sinnlos oder langweilig empfunden. Und die Menschen, die ihre Arbeit verlieren, haben oft das Gefühl, dass ihre Zeit wertlos geworden ist. Marie Jahoda, Sozialpsychologin und Pionierin auf dem Feld der Untersuchung der Arbeitslosigkeit, beschäftigte sich bereits Anfang des vergangenen Jahrhunderts wissenschaftlich mit dem Thema. Sie beschreibt die Situation so: „Die Arbeitslosigkeit mit dem Gefühl des Ausgeschlossenenseins von der Gemeinschaft, dem Gefühl, Kontakt verloren zu haben, dem Gefühl, nicht zu wissen, wo der Platz ist, den man in der Gesellschaft hat, nichts zu tun zu haben, nicht zu wissen, was getan werden muß, nicht mit anderen zusammenzuarbeiten, alles das macht Arbeitslosigkeit auch heute zu einem zutiefst bedrückenden Erlebnis.“ Ohne Arbeit zu sein ist, wie der Publizist Claus Koch es ausdrückte, zu einem „Faktor der Desintegration“ geworden. Die Caritas setzt dieser Entwicklung die Initiative „Integration durch Arbeit“ (siehe Seite 10) entgegen.

Für eine solidarische und gerechte Zukunft

Arbeitslosigkeit ist kein unabwendbares Schicksal, dem Politik, Wirtschaft und Gesellschaft hilflos ausgesetzt wären. In dem gemeinsamen Wort „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“ der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland zeigten die Kirchen bereits 1997 Ziele und Wege auf, der sozialen Herausforderung Arbeitslosigkeit zu begegnen: „Es bestehen durchaus Voraussetzungen dafür, die Massenarbeitslosigkeit deutlich zu reduzieren“, heißt es in dem Sozialwort. Die Kirchen nehmen alle Beteiligten in die Pflicht: die Wirtschaft genauso wie die Politik. Im Grundgedanken des Tei-

lens der Erwerbsarbeit und in der Förderung lokaler Beschäftigungsinitiativen (siehe Seite 16) sehen sie mögliche Wege, die Arbeitslosigkeit zu mindern. Sie fordern eine dezentrale Arbeitsmarktpolitik, um auf die unterschiedlichen Voraussetzungen vor Ort flexibel reagieren und neue Strategien zur Schaffung von Beschäftigung ermöglichen zu können.

Zur Lösung der Beschäftigungskrise kommt es nach Meinung der Kirchen auch darauf an, die „Dominanz der Erwerbsarbeit“ zu überwinden und die verschiedenen Formen von Arbeit gesellschaftlich anzuerkennen und zu unterstützen. Arbeit wird, obwohl es so scheint, keinesfalls nur im Erwerbsbereich geleistet, sondern auch in der Familie und im freiwilligen Engagement oder Ehrenamt. Die Sozialpsychologin Marie Jahoda wies ebenfalls auf diesen Aspekt hin: „Wenn man versucht, den Arbeitslosen zu helfen, dann ist wahrscheinlich gemeinsam organisierte, freiwillige Arbeit vernünftiger als irgend etwas anderes. Die Arbeitslosigkeit ist aber für die meisten Menschen so ungeheuer zermürbend, daß sie nicht die Energie aufbringen, da mitzutun.“

Arbeit ist der „Schlüssel zur Gerechtigkeit in der Gesellschaft“, heißt es in dem Positionspapier „Menschen ohne Arbeit – Herausforderung für die Caritas der Kirche“. Der Deutsche Caritasverband hat hier seine Anwaltsfunktion für benachteiligte Menschen, die er in der Gesellschaft wahrnimmt, deutlich gemacht. Gefordert wird eine Mobilisierung und Bündelung aller Anstrengungen vor Ort, um Arbeitsplätze zu schaffen. Genauso stellt die Caritas klar, dass die Reintegration in den ersten Arbeitsmarkt realistisch nicht für alle Betroffenen alleiniges Ziel sein kann. Es kommt darauf an, soziale Beschäftigungsbetriebe zu fördern und insgesamt ein Bewusstsein für solidarische Lösungen zu entwickeln. Eine zentrale Aussage betrifft die Diskussion um die Unterstützung arbeitsloser Menschen. Die Arbeitslosigkeit, so heißt es im Papier, müsse „armutsfest“ gemacht werden, sodass kein Erwerbsfähiger auf Sozialhilfe angewiesen sei.

Andreas M. ist bereits einige Wochen arbeitslos. Mit seinen 54 Jahren stehen ihm schwere Zeiten bevor, wenn die negative Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt außer Acht gelassen wird, wenn das soziale Gemeinwesen zu versagen droht. Es ist höchste Zeit, dass Politik, Wirtschaft und Gesellschaft alle Kräfte und Mittel darauf konzentrieren, eine Trendwende am Arbeitsmarkt herbeizuführen. Was die Caritas tut, zeigt an ausgewählten Beispielen diese Ausgabe von caritas in NRW. ◀

Fotos: A. Pohl





Schwerpunkt

„Es entsteht eine Gegenwelle“

Zusammenhalt als gesellschaftliches Prinzip muss auch die Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger einschließen



Harald Schartau ist seit Juni 2000 Minister für Arbeit, Soziales, Qualifikation und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen, sowie seit 2002 SPD-Landeschef.
Foto: Lahrmann

Ein Interview mit Harald Schartau, Minister für Arbeit, Soziales, Qualifikation und Technologie

► Die Landesregierung möchte bis 2005 die Zahl der Arbeitslosen auf 500 000 drücken, derzeit liegt sie bei rund 800 000. Was wollen und können Sie noch tun?

Eine Arbeitsmarktpolitik würde sich absolut übernehmen, wenn sie glaubt, dass sie an konjunkturpolitischen oder wirtschaftspolitischen Themen vorbeikäme. Die Arbeitsmarktpolitik allein schafft es nicht, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Sie kann dazu beitragen, dass Barrieren schneller abgebaut werden, dass Arbeitslosigkeit frühzeitig vermieden wird, dass freie Stellen und Arbeit suchende Menschen besser zueinander kommen. Auf diesem Weg ist eine Menge in Bewegung. Ob so eine Zahl, die politisch angepeilt wird, erreicht wird, ist die eine Seite. Die andere Seite ist, ob die Menschen, die ihre Arbeit verlieren, auch das sichere Gefühl haben können, dass ihnen mit bestmöglichen Mitteln geholfen wird, eine neue Beschäftigung zu finden.

► NRW ist das Land mit den meisten Hochschulen in Deutschland. Leistet die Bildung das, was das Land braucht?

Ich bin der Auffassung, dass Universitäten gerade in Regionen, die vom Strukturwandel betroffen sind, auch eine interne Wirkung haben. Gerade die Universitäten in Duisburg, Essen und Dortmund fühlen sich dem Strukturwandel verpflichtet. Ohne die Universitäten würde der Strukturwandel gerade in der Technologie nicht so gut vorangehen, wie er es tut.

► Sie haben im März angekündigt, die 12 000 Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in NRW auf ihre arbeitsmarktpolitische Effizienz zu überprüfen. Woher sollen die Stellen für eine Vermittlungsoffensive kommen? Wohin sollen die Menschen vermittelt werden?

Es ist richtig, es gibt Menschen, die aufgrund ihrer langen Arbeitslosigkeit zunächst ein Phase brauchen, um sich der Geschwindigkeit des ersten Arbeitsmarktes wieder anzunähern. Dafür sind ABM-Stellen sicherlich nützlich. Nun muss aber nach der Zeit der Beschäftigung auf einer ABM-Stelle ein Anschluss kommen. Eine „Karriere“, die heißt, nach einer ABM eine Zeit lang wieder raus zu sein und dann wieder mit ABM sein Arbeitsleben fortzusetzen, halte ich für schlecht. Richtig ist es, die ABM-Stellen als Übergang in den ersten Arbeitsmarkt zu sehen und bereits während dieser Tätigkeit die Vermittlung zu planen. Schon vor Ablauf der ABM-Stellen müssen die Vermittlungsaktivitäten der Arbeitsämter und auch privater Vermittler gezielt auf diesen Menschen forciert werden, um ihm eine Perspektive in den ersten Arbeitsmarkt zu geben. Mit der Zeit sind natürlich auch ABM-Stellen entstanden, die zwar unverzichtbar sind, weil sie in kulturellen, sozialen Bereichen und bei den Wohlfahrtverbänden ganz wichtig sind. Aber auch hier gilt: zur Stabilisierung ja, aber danach muss es eine Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt geben.

► Was passiert mit den Menschen, die langzeitarbeitslos sind und den Anschluss an den ersten Arbeitsmarkt nicht schaffen? Was geschieht mit den Verlierern der Moderne?

Die gibt es zweifellos. Da ist es auch eine erhabene Aufgabe der Gesellschaft, nicht zur Tagesordnung überzugehen. Aber die Zahl der Menschen, die nicht auf dem ersten Arbeitsmarkt arbeiten können, kann wesentlich reduziert werden. Ich streite gerne um die Größenordnung dieser Gruppe. Ich würde gerne mit denen, die ABM täglich kritisieren, darüber ins Gespräch kommen, welchen Beitrag auch der erste Arbeitsmarkt, also die ganz normalen Betriebe in unserem Land, leisten kann, um Menschen, die nicht mit Spikes an den Startblock gehen, auch auf dem ersten Arbeitsmarkt eine Perspektive zu bieten.

► Wären Förderinstrumente ähnlich den Schwerbehindertenabgaben denkbar oder eine Verpflichtung von Betrieben, ihre Gewinne arbeitsmarktwirksam einzusetzen?

Im Augenblick ist eine wichtige Diskussion über Werte, Wertewandel, Moral und Ethik im Gange. Ich halte sie dann für gut, wenn sie auch in dieser Richtung zu veränderten Einstellungen führt. Eine Diskussion am Sonntag über Werte, die am Montag dann das „e“ bei Werte streicht und nur noch auf den ökonomischen Wert guckt, gefällt mir überhaupt nicht. Es muss in unserer Gesellschaft auch einfache Arbeitsstellen geben, auch um beispielsweise Schattenwirtschaft einzudämmen.

► *Dann müssten wir aber auch die Diskussion über die Sozialhilfe, die sehr stark auf Kosten dieser Schichten der Gesellschaft geführt wurde, in eine andere Richtung lenken. Ökonomisch ist doch der Missbrauch von Sozialhilfe oder Arbeitslosenunterstützung lächerlich im Vergleich zur organisierten Kriminalität, zur vorsätzlichen Steuerhinterziehung, auch zur Verschwendung von Steuergeldern.*

Ich verwehre mich auch dagegen, in dem Bereich Sozialhilfe zu diskutieren, als ob da ein dickes Sparschwein wäre, das jetzt endlich geschlachtet werden müsste. Es ist eine unserer vornehmsten gesellschaftliche Aufgaben, den Bedürftigen ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen durch schiere Solidarität, auch finanzielle Solidarität. Andererseits wissen wir mittlerweile, dass und wie man Leute aus solchen Situationen herausführen kann. Unsere Überlegung zu Sozialagenturen liefert ein Beispiel für den Fortschritt in den Diskussionen gerade im sozialen Bereich.

► *Macht Ihnen der Trend zur Entsolidarisierung in der Gesellschaft Sorgen?*

Ja. Aber Geschichte ist dialektisch. Es bildet sich ein Trend heraus, und nach einer gewissen Zeit gibt es einen Gegentrend, und etwas Neues kann entstehen. Wir haben einen gewissen Trend zur Ökonomisierung gehabt, wir haben eine Überbetonung des Shareholder-Values.

► *Ist das schon abgeschlossen?*

Es entsteht eine Gegenwelle. Warum kommt denn genau in dieser Zeit eine Diskussion über Werte, über Erziehung, über Rückbesinnung, über Kontinuität? Hinter aller Individualität, angesichts aller Ellenbogenmentalität ist ein tiefes menschliches Bedürfnis einfach nicht zu überwinden, nämlich das nach Zusammenhalt und Zusammengehörigkeit.

► *Welche Visionen haben Sie von einer gesellschaftlichen Zukunft?*

Ich bin ein Freund von Innovationen und möchte trotzdem ständig in der Lage sein, mich zu besinnen. Ich bin aufgeschlossener Europäer und weiß aber, Europa funktioniert nur, wenn die Leute vor Ort sich heimisch fühlen. Ich bin ein Anhänger von Individualität, aber ich weiß, es gibt ein tiefes menschliches Bedürfnis nach Zusammenhalt. Ich bin auch für Professionalität und weiß trotzdem, dass man gerade in den sozialen Bereichen menschliche Wärme braucht, um die Aufgaben zu erfüllen. Das Prinzip von Gesellschaft ist das tiefe Bedürfnis nach Zusammenhalt.

► *Was soll Caritas da leisten?*

Caritas hat Geschichte und Zukunft. Caritas ist ein Licht, das auf die Schwachstellen dieser Gesellschaft geworfen wird, aber ist auch eine Kraft, um Menschen aus dieser Situation herauszuführen und sich gegen einen Zeitgeist zu wenden, der meint, diesen Problemen und den benachteiligten und bedürftigen Menschen keine Beachtung mehr zu schenken.

► *Vielen Dank für das Gespräch.* ◀

Die Fragen stellte Markus Lahrmann.

Karikatur:

Thomas Plafmann





Professionelles Niveau

Die Caritas profiliert sich zunehmend als Träger von Arbeitslosenmaßnahmen

Von Christoph Eikenbusch

Als wichtiger gesellschaftlicher Akteur ist die Caritas der Kirche aufgefordert, sich bei der Mitgestaltung sozialer und ökonomischer Rahmenbedingungen eindeutig zu Gunsten der von Ausgrenzung Bedrohten zu positionieren und Lösungsansätze zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit zu entwickeln. Was die Caritas tun kann und wie sie es tun sollte, ist Gegenstand einer empirischen Untersuchung im Erzbistum Paderborn.



Anne Jessica Bartholome,
Christoph Eikenbusch,
Christian Lummer (wissenschaftl. Begleiter):
„Neue Wege der Ressourcenförderung als Beitrag der verbandlichen Caritas zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit inkl. statistische Erhebung zum Engagement der verbandlichen Caritas bei der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Schaffung von Arbeit/Beschäftigung“.
Paderborn 2001.
Zu beziehen über den Caritasverband im Erzbistum Paderborn, Tel. 052 51 / 20 93 09.

Nach der Befragung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von knapp 80 Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen für Arbeitslose im Erzbistum Paderborn lässt sich folgendes Fazit ziehen: Die Träger führen ihre Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen auf einem hohen professionellen Niveau durch. Es besteht ein großes Interesse am Aufbau von Kooperationsnetzwerken. Caritas-Träger legen Wert auf ein ganzheitliches Hilfekonzept mit einer qualifizierten und teilnehmerorientierten Begleitung/Betreuung, Beratung und Förderung. Besonders die enge Zusammenarbeit mit den Schuldnerberatungsstellen und dem Allgemeinen Sozialen Dienst ist Beleg für das Ziel einer materiellen Existenzsicherung der Teilnehmer. Diese dient der Bekämpfung von (verdeckter) Armut.

Die Refinanzierung der Hilfe- und Unterstützungsleistungen zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit wird vielfach nur durch Eigenmittel in beträchtlicher Höhe gewährleistet. Als wichtige Voraussetzung für die Zukunftsfähigkeit der Maßnahmeangebote wurden das umfassende/zeitnahe Wissen über Förderprogramme, die professionelle Außendarstellung des eigenen Verbandsprofils und der Dienstleistungen angeführt. Der Zwang, Zielerreichungskriterien einhalten zu müssen, nährt die Befürchtung, dass es immer schwieriger wird, sich der am Arbeitsmarkt Benachteiligten anzuneh-

men. Die Vertretung der Caritas bzw. der Freien Wohlfahrtspflege in den „regionalen Konsensrunden“ der Arbeitsmarktregionen geschieht völlig unzureichend. Ein Grund hierfür scheint zu sein, dass die Träger der verbandlichen Caritas bzw. der Kirche vielfach nicht in einem ausreichenden Maße untereinander kooperieren und dadurch von den Entscheidungsträgern der Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, den Kommunen und Gewerkschaften nicht in ihrer Gänze als ernst zu nehmender arbeitsmarktpolitischer Akteur wahrgenommen werden.

Dabei verfügt die Caritas über ein großes Hilfe- und Handlungspotenzial in mindestens vier unterschiedlichen Bereichen der Beschäftigungsförderung und Arbeitsmarktpolitik.

Sie ist Träger von Qualifizierungs-, Beschäftigungsmaßnahmen und Beratungseinrichtungen für am Arbeitsmarkt benachteiligte Personengruppen. Es kann nicht im Interesse der verbandlichen Caritas sein, dass am Arbeitsmarkt benachteiligte Menschen eine jahrelange, wenn nicht sogar jahrzehntelange Karriere von der einen zeitlich begrenzten Maßnahme zur nächsten durchlaufen müssen. Die neuerdings in den Förder Richtlinien der Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen vorgegebenen Qualifizierungsanteile und Betriebspraktika erhöhen durchaus die Chance der Betroffenen, im ersten Arbeitsmarkt unterzukommen. Von daher ist dies ein Schritt in die richtige Richtung. Eine nicht zu unterschätzende Zahl Betroffener wird aber weiterhin auf unterstützende Maßnahmeangebote im zweiten Arbeitsmarkt angewiesen sein. Hier wird sich die Caritas dafür einsetzen müssen, dass die Zielvorgaben der Kostenträger auch die Aufnahme besonders am Arbeitsmarkt Benachteiligter zulassen. Arbeit ist genügend vorhanden. Es müssen kreative Beschäftigungsformen gefunden werden, den gesellschaftlichen Reichtum des vorhandenen Arbeitskräftepotenzials und seiner menschlicher Fähigkeiten so einzusetzen, dass diese auch bezahlt werden können. Die Mitarbeiter im zweiten Arbeitsmarkt brauchen sich nicht als Almosenempfänger staatlicher Unterstützungsleistungen zu empfinden, sondern sollten selbstbewusst die staatlichen Fördermittel (Steuererleichterungen, Abschreibungen, Subventionen) für sich beanspruchen, die der Industrie, dem Handwerk bzw. dem Handel selbstverständlich in Aussicht gestellt werden.

Caritas ist Sozialpartner bei der Gestaltung der sozial-, arbeitsmarkt- und gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen. Die verbandliche Caritas darf ihr

Kommentar

Wirtschaftsfaktor Wohlfahrtspflege

Von Andreas Meiwes

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und eine ausgewogene Sozialpolitik gehören zu den größten Herausforderungen unserer Gesellschaft und zu den vornehmsten Aufgaben der politischen Verantwortungs-träger. Arbeits- und Sozialpolitik in Zeiten knapper Kassen ist eine schwierige und hochkomplexe Aufgabe. Effektiver und effizienter Ressourceneinsatz ist angesichts hoch verschuldeter öffentlicher Haushalte auch für das Land Nordrhein-Westfalen unverzichtbar, und das auch dann, wenn die Steuereinnahmen – wie Finanzminister Peer Steinbrück unlängst verkünden konnte – um 4,8 Prozent gestiegen sind.

Effektiver und effizienter Ressourceneinsatz verlangt nach einer Klärung der politischen Prioritäten im „sozialen NRW“, und angesichts der sozialen Herausforderungen, vor denen wir stehen, sollte die Arbeits- und Sozialpolitik auf der Liste der Prioritäten ganz oben stehen.

Engagement nicht nur auf die Rolle des „Reparaturmeisters sozialer Notlagen“ begrenzen. Wo Gesetze, Unterstützungsleistungen und Förderkriterien den Interessen der von Arbeitslosigkeit Betroffenen zuwiderlaufen, muss sie sich als Anwalt der Betroffenen zur Wehr setzen. Bei der Ausgestaltung von Sozialplänen könnte sie dafür Sorge tragen, dass auch Regelungen über die psychosoziale Begleitung und Beratung in dieser Krisensituation getroffen werden.

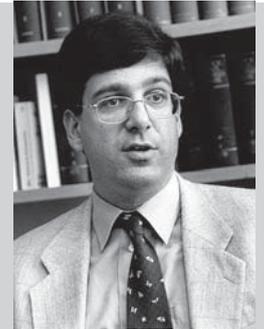
Caritas ist selbst Dienstgeberin und damit gleichzeitig Beschäftigungsfaktor im Bereich sozialer Dienstleistungen. Die verbandliche Caritas geht bei der Schaffung neuer Beschäftigungspotenziale davon aus, dass es neben den ökonomischen Erfordernissen auch um mehr Lebensqualität und Menschlichkeit in unserer Gesellschaft gehen muss. Prognosen verschiedener Wirtschafts- und Sozialforschungsinstitute gehen von einem zusätzlichen Beschäftigungspotenzial in den frei-gemeinnützigen Sozial- und Gesundheitsdiensten

Dennoch scheint der soziale Sektor von der Politik nahezu ausschließlich als Kostenverursacher wahrgenommen zu werden. Eine eklatante Fehleinschätzung! Der Bereich sozialer Dienstleistungen hat sich in den vergangenen Jahren als wahre Job-Maschine erwiesen, und der Bedarf an Arbeitskräften, gerade auch in der Pflege, steigt weiter. Allein die beiden konfessionellen Wohlfahrtsverbände Diakonie und Caritas stellen mit ihren Mitgliedseinrichtungen bundesweit über eine Million qualifizierter Arbeitsplätze bereit. Sie gehören damit zu den größten deutschen Arbeitgebern und rangieren in dieser Liste weit vor den Großunternehmen, die unsere Wirtschaftsnachrichten bestimmen.

Dies sollte Anlass genug sein, Investitionen in eine soziale Infrastruktur auch einmal aus dem Blickwinkel der Wirtschaftsförderung zu betrachten. Die Beschäftigungseffekte im sozialen Bereich sollten nicht unterschätzt werden. Öffentliche Investitionen und Zuschüsse in und an die Freie Wohlfahrtspflege haben also einen „Mehrwert“, der weit über die Erbringung sozialer Dienstleistungen hinausgeht.

Grund genug für die Politik, ihre Prioritäten zu überprüfen! Grund genug, auf Akte symbolischer Politik zu verzichten! Grund genug, sich von politischen Prestigeobjekten zu verabschieden!

Ich meine: Ja!



Andreas Meiwes ist
Direktor des Diözesan-
Caritasverbandes Essen
und Herausgeber von
Caritas in NRW.

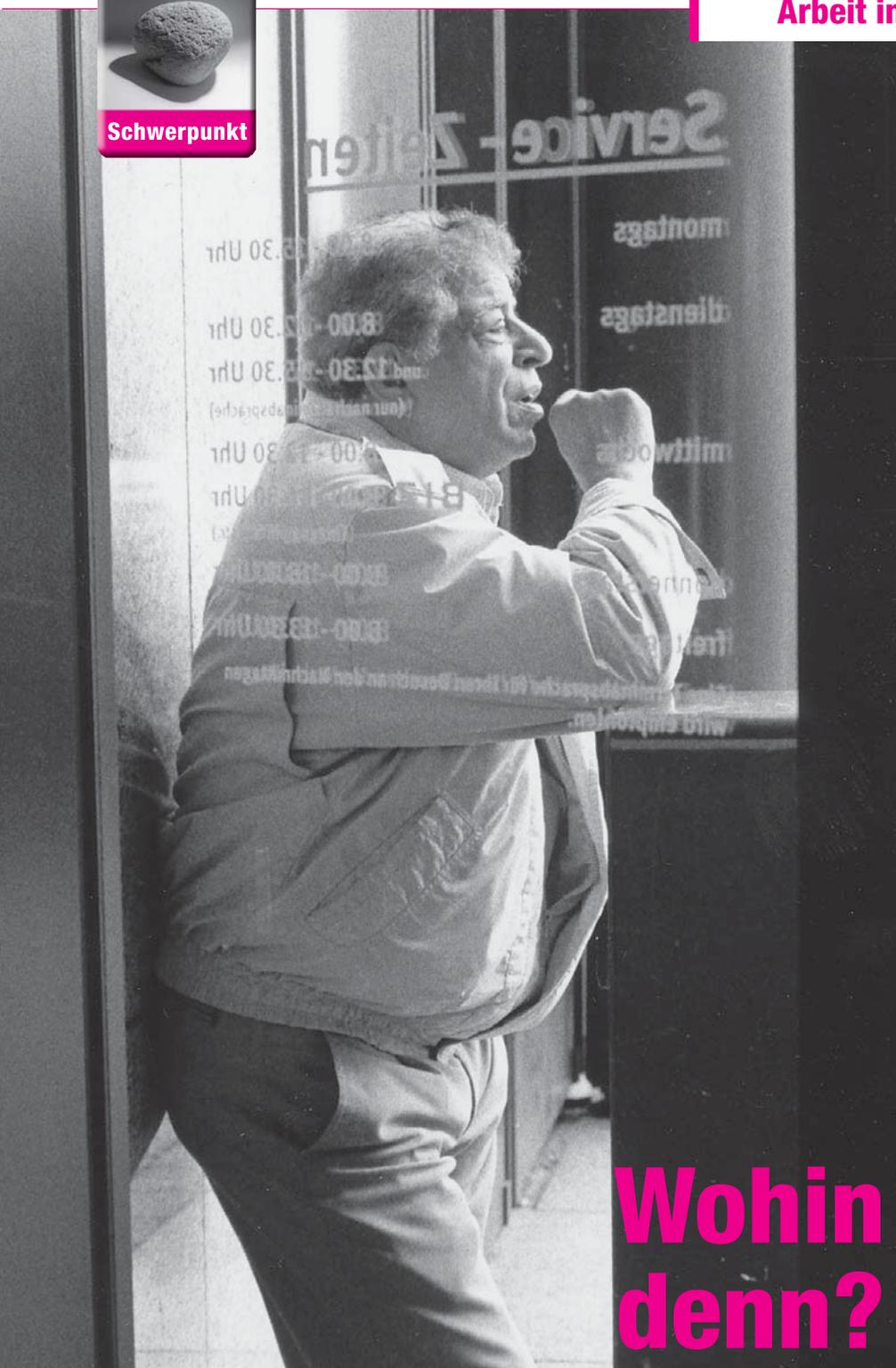
Foto: Pohl

von mehr als 800 000 Arbeitsplätzen in den nächsten Jahren aus.

Caritas ist Initiator zur Sensibilisierung von Menschen für soziale Fragen. Caritas kann Bewusstsein beeinflussen innerhalb des lokalen Gemeinwesens und der gemeindlichen Kirchenstrukturen. Menschen in der Caritas ergreifen Partei, wo Arbeitslosigkeit an Stammtischen bagatellisiert wird. Wenn Populisten dem jeweiligen Individuum Verschulden zusprechen und damit dem Prozess der Ausgliederung aus elementaren Lebensmöglichkeiten Vorschub leisten, hält Caritas dagegen. Kreative Kooperationsmodelle zwischen Wirtschaft, Behörden und der Kirche können bisher nicht genutzte Ressourcen bei der Bereitstellung von Arbeitsplätzen heben. Durch Vernetzung bestehender Angebote auf Gemeinde- und Dekanats Ebene kann dann Einfluss auf eine strategische Entwicklungsplanung in den Arbeitsmarktregionen ausgeübt werden. ◀



Schwerpunkt



Wohin denn?

Foto: A. Pohl

**Vermittlung allein reicht nicht aus,
wenn 3,5 Millionen Arbeitsplätze fehlen**

Von Sabine Schumacher,
Vorsitzende von „Integration durch Arbeit“

Die Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft Integration durch Arbeit (IDA) im Deutschen Caritasverband fordert ein ganzheitliches Konzept aus zusätzlichen Arbeitsplätzen in der Gesundheits- und Sozialwirtschaft, einen öffentlich geförderten Arbeitsmarkt und ein Recht auf Arbeit.

Noch vor einem Jahr gab es Stimmen, die bezweifelten, dass die verbandliche Caritas eine Bundesarbeitsgemeinschaft zur Bekämpfung der Armut brauche. Davon ist heute keine Rede mehr.

Die Arbeitslosenzahlen haben zu Beginn dieses Jahres erstmals in der Nachkriegszeit die 4-Millionen-Grenze überschritten. Offiziell gibt es demnach über vier Millionen Menschen, denen unsere Gesellschaft die dauerhafte Teilhabe an Erwerbsarbeit verwehrt. Man hat sich an diese Zahlen gewöhnt, und doch stehen hinter den Zahlen ganz persönliche Schicksale. Und in vielen Fällen eine ganze Familie. Den 4 156 016 Millionen Arbeitslosen stehen 527 130 gemeldete offene Stellen gegenüber. Von diesen Menschen sind rund 1,2 Millionen Menschen dauerhaft vom Arbeitsmarkt ausgegrenzt, die so genannten Langzeitarbeitslosen. Langzeitarbeitslos ist man ja bereits, wenn man ein Jahr lang arbeitslos ist. Viele sind länger erwerbslos, zwei, drei oder vier Jahre.

Das neue Rezept der Bundesanstalt für Arbeit heißt Profiling, neudeutsch für Vermittlung. Nur wohin vermitteln, wenn allein schon offiziell 3,5 Millionen Arbeitsplätze fehlen?

Die Reform der Bundesanstalt für Arbeit darf nicht dazu führen, dass Menschen die Teilhabe an Erwerbsarbeit zukünftig verwehrt wird, die verzweifelt nach Arbeit suchen. Deshalb lautet das Leitbild der Katholischen Bundesarbeitsgemeinschaft: Integration durch Arbeit (kurz IDA). Der Name ist Programm. IDA setzt sich dafür ein, dass neue Arbeitsplätze in der Sozial- und Gesundheitswirtschaft entstehen, dass gezielte Programme diese gesellschaftlich notwendige Arbeit finanzieren und dass jedem Menschen, der arbeiten will, ein Arbeitsplatz in der Gesellschaft angeboten werden kann. In ihren über 80 Mitgliedsverbänden mit mehr als 120 Einrichtungen und Betrieben halten sich bei IDA überwiegend solche Menschen auf, die fünf oder mehr Jahre arbeitslos sind und deren sehnlichster Wunsch eine Arbeitsstelle ist, die sie immer mal wieder, wenn auch befristet, in den Einrichtungen von IDA finden.

Die Basis der Arbeit von IDA bilden die katholische Soziallehre, das gemeinsame Sozialwort der beiden großen Kirchen und nicht zuletzt das Evangelium: „Der Weinberg hat viele Reben, aber es gibt nicht genug Arbeiter“, heißt es bei Matthäus. Das ist die Vorstellung, die IDA leitet. Arbeit ist genug vorhanden, und es gebührt der Würde des Menschen, diese so zu organisieren oder zu finanzieren, dass alle teilhaben können. ◀

Offensive für Ältere

Ein EU-Projekt EQUAL will neue Arbeitsplätze in der Sozialwirtschaft schaffen

Im Rahmen der aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) mit fast drei Milliarden Euro finanzierten Gemeinschaftsinitiative EQUAL sollen europaweit innovative Ansätze erprobt werden, um Diskriminierung und Ungleichbehandlung im Zusammenhang mit dem Arbeitsmarkt zu bekämpfen.

Als eine von über 100 Entwicklungspartnerschaften in Deutschland erarbeitet die „Offensive für Ältere“ – ein Zusammenschluss von 14 Partnern aus den Bereichen Wohlfahrtspflege, Wissenschaft und Wirtschaft – Strategien gegen die Ausgrenzung Älterer vom Arbeitsmarkt. Ältere Arbeitslose sind angesichts des seit Jahren sehr populären Trends zur „Verjüngung“ der Belegschaften und damit verbundener Vorurteile besonders benachteiligt. Andererseits verfügen sie über hohe Lebenserfahrung und spezielle Kompetenzen, die besonders für den Dienstleistungsbereich ein wertvolles Potenzial darstellen. Die „Offensive für Ältere“ will Beschäftigungsfähigkeit wiederherstellen, neue, zusätzliche Arbeitsplätze schaffen und ein flexibles Fördersystem entwickeln. Zusätzlich wird sie in einer transnationalen Partnerschaft mit Partnern aus Frankreich, Italien und Schweden in einen regen Erfahrungs- und Ergebnisaustausch eintreten und gemeinsame Aktivitäten durchführen.

Träger der „Offensive für Ältere“ ist die Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Freie Wohlfahrtspflege in Nordrhein-Westfalen. Die LAG hat dazu eine Gesellschaft bürgerlichen Rechts gegründet, die geschäftsführend vom Diözesan-Caritasverband Köln vertreten wird. Jens Rohland übernimmt für die LAG die Koordination der Entwicklungspartnerschaft sowie der transnationalen Partnerschaft. Die europäischen Partner wollen in einem integrierten Ansatz – unter ausdrücklicher Einbeziehung der Arbeitgeber – in den kommenden zwei bis drei Jahren konkrete Maßnahmen zur Qualifizierung und Vermittlung älterer Arbeitsloser durch-

Alte Vorurteile

Fast 45 000 Menschen mit Behinderung sind in Nordrhein-Westfalen ohne Arbeit

Seit Ende 1999 bis Oktober dieses Jahres hätten 13000 arbeitslose schwerbehinderte Menschen neu eingestellt werden müssen. Das jedenfalls sieht die Vereinbarung von Bundesregierung und Arbeitgebern, bezogen auf Nordrhein-Westfalen, vor. Tatsächlich sind es bisher erst rund 8000. Der Abbau der Arbeitslosigkeit schwerbehinderter Arbeitsloser bleibt weit hinter den Erwartungen zurück. Derzeit sind in NRW rund 44 700 schwerbehinderte Menschen ohne Arbeit. Bei vielen Arbeitgebern existieren augenscheinlich noch immer Vorurteile gegenüber Menschen mit Behinderung. Die angepeilte Reduzierung der Arbeitslosenquote um 25 Prozent wird, das scheint bereits heute klar, nicht erreicht. Die Beschäftigungsquote, die derzeit bei fünf Prozent liegt, könnte dieser Entwicklung zufolge wieder auf die alte Marke erhöht werden. Das bedeutet, dass dann wieder sechs Prozent aller Mitarbeiter eines Unternehmens Schwerbehinderte sein müssen. Das Beispiel zeige, so das NRW-Arbeitsministerium in einer Presseerklärung: „Trotz aller Hilfen, die für die Einstellung schwerbehinderter Menschen bereitgestellt werden – in Einzelfällen werden sogar Lohnkostenzuschüsse bis zu 100 Prozent gezahlt – und trotz aller Absichtserklärungen führt es gerade im Bereich der Behindertenpolitik nicht weiter, nur auf Einsicht zu setzen. Die Barrieren in den Köpfen Nichtbehinderter erweisen sich eben oft als das größte Hindernis auf dem Weg zur Gleichstellung.“ Die Landesregierung wolle deshalb schon bald einen klaren rechtlichen Rahmen in Form eines Landesgleichstellungsgesetzes schaffen. ◀

Alfred Hovestädt



Foto: Pohl

führen. Die Ergebnisse und Erkenntnisse sollen später über das Bündnis für Arbeit in die Arbeitsmarktpolitik auf Landes- und Bundesebene einfließen. Die Arbeit der Entwicklungspartnerschaft wird wissenschaftlich begleitet und bewertet. ◀



Schwerpunkt

Späte Chance

Frauen ohne marktfähige Ausbildung bewähren sich auf neu geschaffenen Helferstellen im sozialpflegerischen Bereich

Von Markus Freckmann

Yvonne Akel weiß, wo sie langmuss: Die Terrassentür ist nur angelehnt. Durchs Wohnzimmer geht sie in den Flur, vorbei am großen Foto einer Fußballmannschaft mit der Widmung „für unseren treuesten Fan“. Aus dem Schlafzimmer tönt ihr ein Fernseher die Mittagsnachrichten entgegen. Sie tritt ein und sagt mit einem Lächeln in der Stimme: „Hallo, Heinz. Wie geht's heute?“ Yvonne Akel arbeitet als Pflegehelferin. Eigentlich hat sie Kosmetikerin gelernt. Doch das war vor 35 Jahren und drei Kindern.

Zur heutigen Stelle haben ihr das Arbeitsamt und der IN-VIA-Bezirksverband in Paderborn verholfen. Beide Einrichtungen versuchen mit einem Modellprojekt,

arbeitslosen Frauen ohne marktfähiger Ausbildung die Chance zu geben, sich einen vollwertigen und unbefristeten Arbeitsplatz zu erwerben. Das Projekt wird vom „Bündnis für Arbeit NRW“ gefördert und hat für 31 Frauen im Alter von 28 bis 54 Jahren neue Arbeitsplätze in caritativen Einrichtungen gefunden. Heinz liegt halb aufgerichtet im Bett und klagt über Schmerzen. „Ist es wieder der Bauch?“, fragt Yvonne Akel. Heinz nickt. Er ist einige Jahre älter als die 52-jährige Pflegehelferin, aber seit langem querschnittsgelähmt. Akel schaut sich kurz im Schlafzimmer um, geht dann in die Küche und legt ihre Jeans-Jacke ab. Auf dem Küchentisch liegt ein roter Hefter vom AWO-

Pflegedienst. Dort notiert sie Datum und Uhrzeit ihres Besuchs. Während sie zurück ins Schlafzimmer geht, rafft sie die Ärmel ihres weißen Shirts hoch. Erster Arbeitsschritt: Waschen.

Akel ist im mobilen Pflegedienst ausdrücklich als Helferlin eingestellt. Sie leistet Grundpflege und entlastet damit die gelernten Pflegekräfte. Ihr Vertrag ist zunächst auf die Projekt-Dauer von drei Jahren befristet. Während dieser Zeit zahlt das Arbeitsamt im Schnitt 40 Prozent ihres Lohns. Arbeitsverwaltung und Landesarbeitsministerium teilen sich die Gesamtkosten für das Projekt von 1,2 Millionen Euro. Rüdiger Matisz, stellvertretender Direktor des Paderborner Arbeitsamtes, erläutert das Konzept: „Die Frauen haben die Chance, sich für ihren Arbeitgeber unentbehrlich zu machen.“ Am Ende der drei Projekt-Jahre werde man sehen, ob sie in ungeforderte Arbeitsverhältnisse übernommen werden.

Yvonne Akel ist im zweiten Jahr. Als junge Frau hatte sie nach der Lehre nur kurz als Kosmetikerin gearbeitet. Sie machte ein freiwilliges soziales Jahr, ging für zwei Jahre als Lehrerin nach Indien und bekam 1974 ihren ersten Sohn. Heute fordert ihr der neue Beruf zwar einiges ab, aber sie sagt: „Das geht noch sehr gut, wenn man den richtigen Drive dazu hat.“

Für das Projekt hat sich die Katholische Mädchensozialarbeit IN VIA als Arbeitsvermittler versucht; mit der Besonderheit, dass zunächst die Stellen eingeworben, dann erst die Frauen dafür gesucht wurden. Projektleiterin Margret Schwede erzählt: „Es war mitunter schwierig, die Arbeitgeber zu überzeugen, denn keiner will für drei Jahre die Katze im Sack kaufen.“ Für das Projekt suchten Schwede und ihre Kolleginnen nach Helferstellen, die kirchlich-caritative Einrichtungen in den Jahren zuvor wegrationalisiert oder an Fremdbetriebe ausgegliedert hatten: in der Altenpflege, in der Betreuung von Kindern und Behinderten, in Fahr- und Rettungsdiensten sowie in Küchen und Wäschereien. Das Projekt begann mit zunächst zehn Stellenangeboten im Januar 2000. Das Arbeitsamt wählte langzeitarbeitslose Frauen aus, und IN VIA bereitete sie in einem sechswöchigen Training auf den Beruf vor. Während dieser Startphase mussten sich die Frauen bei den Arbeitgebern bewerben, die sich ihre neue Mitarbeiterin auswählen konnten. Das Bewerbungsverfahren sei gut für die Frauen gewesen, sagt Margret Schwede. „Sie haben das Gefühl bekommen: Ich habe für meine Stelle gekämpft.“ Das habe ihnen Selbstbewusstsein gegeben.



Yvonne Akel hat ihren Patienten für den Tag außerhalb des Bettes vorbereitet. Er sagt: „Es kommen so viele Schwestern. Die eine ist etwas besser, die andere etwas schlechter.“ An der Pflegehelferin vom IN-VIA-Projekt ist ihm aufgefallen, dass sie größer ist als die anderen und sich deshalb immer den Kopf stößt am Galgen über seinem Bett.

Heinz und Yvonne Akel sind beim Euro. „Die sollten in den Geschäften wieder in Mark und Euro auszeichnen“, sagt er. Die Pflegehelferin hat ihn gewaschen und zieht ihn nun im Bett an. „Ich rechne auch immer noch im Kopf um, wenn ich einkaufe“, sagt sie und gibt ihm die Flasche Haarwasser und den Kamm aus dem Wandschrank. Heinz macht sich die Haare und Akel zieht ihm die Schuhe an. Als sie die letzte Schnalle schließt, ist auch er fertig. Fertig für den Tag außerhalb des Bettes.

Regelmäßige Schulungstage

Etwa eine halbe Stunde braucht die Pflegehelferin für einen Patienten. Die nötigen Handgriffe hat sie bei IN VIA gelernt, im Arbeitsalltag sind sie Routine geworden. Die Projekt-Teilnehmerinnen kommen regelmäßig für Schulungstage zusammen. Wie Lehrlinge in der Berufsschule haben sie dann Mathe, Politik und Deutsch. Zudem werden die Frauen je nach Arbeitsplatz in der Pflege- oder Hauswirtschaftsgruppe geschult. So kocht und backt der eine Teil in der IN-VIA-Lehrküche unter der Leitung einer Hauswirtschafts-Meisterin. Die anderen üben derweil mit einer Pflegepädagogin, wie sie bettlägerige Menschen auf die Seite legen und sich dabei nicht verheben.

Pflegeberufe sind körperlich anstrengend. Manchmal sei die Arbeit auch belastend, sagt Yvonne Akel. „Aber ich denke dann einfach nicht daran.“ Sie sei sehr gerne mit Menschen zusammen, und deshalb gefällt ihr der Pflegeberuf. Nachdem die Kinder aus dem Haus waren, hat sie mal als Verkäuferin, mal als Kellnerin gearbeitet. „Man hätte schon was gekriegt, früher oder später“, sagt sie. Dennoch war sie nach einem Dreivierteljahr Arbeitslosigkeit dankbar, als das IN-VIA-Angebot kam. Nun hat sie Schicht- und Wochenend-Dienst. Dadurch bleibe im Haushalt zwar manchmal was liegen. „Aber mein Mann und ich sind alleine, da ist das immer irgendwie zu bewältigen.“

Rückhalt bei Konflikten

In anderen Familien führe das mitunter zu Konflikten, berichtet Projektleiterin Margret Schwede. Bei der Bewerbung werde die Frau noch unterstützt, das breche jedoch oft weg, sobald sie nicht mehr jederzeit da ist und sich um alles kümmert. Dem gegenüber stehe aber der neue Status: Die Frau habe eine Sinn stiftende und angesehene Arbeitsstelle und könne die Familie von ihrem Gehalt versorgen. Weil in der Projekt-Gruppe alle in ähnlichen Situationen sind, finden die Teilneh-



Die Projekt-Teilnehmerinnen Agnes Hofmann (49, links) und Valentina Rogalskis (50, Zweite von rechts) üben, ihre Kollegin Christiane Villanueva (39) richtig auf die Seite zu legen. IN-VIA-Pflegepädagogin Susanne Lippegaus (rechts) sieht ihren Schülerinnen prüfend zu.



Lydia Kasdorf (50) und Gail Scott (46) bereiten in der Lehrküche einen Camembert-Fisch-Auflauf mit Eisbergsalat Florida. Weil der Schulungstag bei IN VIA für sie und ihrer Kolleginnen lang wird, backen sie dann noch einen Rhabarber-Kuchen mit Nuss-Beiser.

Alle Fotos: Freckmann

merinnen dort bei Konflikten Rückhalt. Zudem werden sie von den IN-VIA-Mitarbeiterinnen begleitet. Aus der wissenschaftlichen Beobachtung beschreibt Lars Czommer: „Die Frauen sind grundlegend stabilisiert.“ Für das Gelsenkirchener Institut Arbeit und Technik (IAT) begleitet er das Projekt im Auftrag des „Bündnisses für Arbeit“. Bisher sei der Verlauf sehr positiv. Dies sehe man auch daran, dass es kaum Abbrecher gebe. Als Vorbild will Czommer den Paderborner Ansatz jedoch nicht werten: „Der Erfolg hängt sehr vom regionalen Kontext ab.“ Die gute Zusammenarbeit zwischen Arbeitsverwaltung, IN VIA als Vermittler und den Arbeitgebern sei entscheidend. Einen Abschlussbericht wird das IAT in zwei Jahren vorlegen.

Heinz und Yvonne Akel verlassen die Wohnung zusammen. Sie hat ihm noch eine Jacke angezogen und die Beine auf dem Rollstuhl warm eingepackt. „Bis morgen“, sagt er. „Bis morgen Mittag“, erwidert sie und tätschelt ihm die Schulter. Er fährt jetzt in die Stadt, sie in den Feierabend. Das Arbeitsamt liegt an ihrem Heimweg. Ohne einen Blick rauscht Akel daran vorbei. ◀

Informationen zum Projekt:
IN VIA, Katholische Mädchensozialarbeit, Bezirk Paderborn e. V., Bahnhofstraße 19, 33102 Paderborn.
Ansprechpartnerin: Margret Schwede, Tel. (0 52 51) 12 28-34, E-Mail: m.schwede@invia-paderborn.de

Margret Schwede, Projekt-Leiterin bei IN VIA in Paderborn





Schwerpunkt

Bunte Biografie

Ohne ABM haben viele Benachteiligte gar keine Chance mehr

Von Peter Willenborg

Massenphänomen Arbeitslosigkeit: Die Kraft der monatlichen Zahlen scheint erdrückend – und provoziert Abstumpfsreaktionen. Dagegensetzen kann man nur ganz konkret das individuelle Leben eines einzelnen Arbeitslosen. Der – wie alle anderen auch – eine Chance verdient und eine Perspektive braucht. Weil Arbeit ein Menschenrecht ist.

Wolfgang Neuendorf ist ein ziemlich bunter Vogel. Wie er da sitzt in seinem Sessel, mit zerzaustem Haar, das Hemd offen, vor sich den Tabak und die Papierchen, aus denen er sich eine Zigarette nach der anderen dreht. In seinem Wohnzimmer, dessen Wände von oben bis unten zugestrichelt sind mit Bravo-Postern von hübschen, knapp bekleideten Pop-Sternchen direkt neben frommen Marienbildern und einem Poster, auf dem der kleine Prinz von seinem Planeten aus ins Zimmer schaut.

„Was ich noch nicht erreicht habe, ist, einen Job zu finden“, sagt Neuendorf. Einige andere wichtige Dinge hat er geschafft: Er hat den Alkohol besiegt, lebt in seiner eigenen Wohnung, kann nachts wieder ohne Alpträume schlafen – und er hat sich nicht unterkriegen lassen. Das war gar nicht so einfach. Weder damals in der DDR, wo er als „schwarzes Schaf“ galt. Noch heute, wo er gerne arbeiten würde, aber keine Chance dazu bekommt.

1965, als Wolfgang Neuendorf zwölf Jahre alt war, zog sein Vater mit der Familie von Bochum in die DDR, nach Luckenwalde in Brandenburg. „Mein Vater war ein alter Kommunist“, erklärt er. Der zwölfjährige Wolfgang wollte nicht rüber, aber ihm blieb keine andere Wahl. „Sie haben mich in die Sonderschu-

le gestopft“, erzählt er. Von Anfang an kam er nicht klar. „Ich wurde als Kapitalist beschimpft und beim Fahnenappell der Pioniere vor der ganzen Schule als schlechtesten Schüler dargestellt.“ Der schwierige, oft aufmüpfige Junge aus dem Westen war als Versager abgestempelt. „Ich wollte zur Berufsschule gehen und eine Lehre als Landschaftsgärtner machen, aber das wurde nicht akzeptiert“, erzählt er.

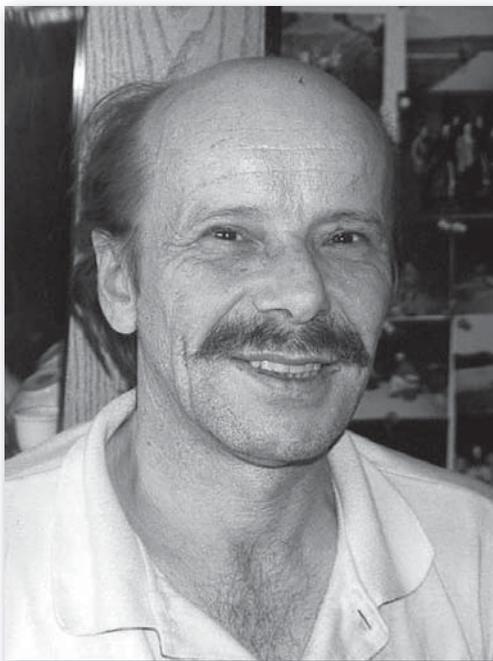
Ohne richtigen Schulabschluss, ohne Lehre stand er 1968 da. Er arbeitete ein Jahr lang bei der Luckenwalder Stadtgärtnerei, dann für vier Jahre in einer Hutfabrik. „Der Betrieb hat mir imponiert“, erzählt er. „Der Meister war korrekt, ich war zufrieden und habe gutes Geld verdient.“ Doch dann ging der Vorgesetzte, der den jungen Mann unter seine Fittiche genommen hatte, in Pension. „Der Nachfolger war ein Stiesel“, meint Neuendorf. Der Mann war ein Genosse, und so habe sich kein Kollege getraut, ihm die Meinung zu sagen – außer Neuendorf. „Ich konnte meine Klappe nicht halten“, meint er.

Überall die alten Genossen

Die Klappe halten, das war nie seine Sache. Neuendorf legte sich auch mit den Behörden des Arbeiter- und Bauernstaates an. „Meinen ersten Ausreiseantrag habe ich mit 18 Jahren gestellt“, erzählt er. Als ein Beamter den Ausreiseantrag vor seinen Augen zerriss, wandte er sich direkt nach Berlin. „Mindestens 50 Ausreisean-

träge habe ich geschrieben“, erzählt er. „Einmal haben sie im Verhör zu mir gesagt: Wir machen dich kaputt.“ Seine Antwort: „Ihr macht mich müde. Eher geht ihr kaputt, als dass ich kaputtgehe.“

1973 hielt er es nicht mehr aus und versuchte, über die Tschechoslowakei zu fliehen. Er wurde geschnappt und musste für ein Jahr und drei Monate in Haft. „Die habe ich bis zum letzten Tag abgesehen“, erzählt er. Unter härtesten Bedingungen musste er im Cottbusser Gaswerk „Schwarze Pumpe“ arbeiten. Als eines Tages der Gasgeruch unerträglich wurde und Neuendorf ein Loch in einem



Schlauch entdeckte, beschwerte er sich beim Aufseher: „Wollt ihr uns etwa vergasen?“ Sofort landete er im Einzelarrest.

Mit 55 Mark in der Hand wurde er aus der Haft entlassen und bekam eine Arbeitsstelle als Hilfsarbeiter in einem Baustoffwerk zugewiesen. Alle zwei Tage musste er sich beim „Abschnittsbevollmächtigten“ melden, dem „Dorfsheriff“, wie Neuendorf sagt. Ihm blieb keine andere Wahl, als sich mit der Situation zu arrangieren: „Ich hab mich an die Firma gewöhnt“, erzählt er. 15 Jahre lang arbeitete er hier – bis zum 1. März 1990.

An diesem Tag bekam er vom Pförtner seine Kündigung in die Hand gedrückt. Der Betrieb war Pleite gegangen. Als 1989 die Mauer gefallen war, hatte sich Neuendorf noch gefreut. „Eher geht ihr kaputt, als dass ich kaputtgehe“, dieser Satz hatte sich bewahrheitet. Aber die Ernüchterung kam schnell: Wo er auch hinkam, ob auf dem Arbeitsamt oder auf dem Sozialamt – überall saßen die alten Genossen.

Neuendorf suchte sein Glück im Westen, ging nach München. Er hatte gehört, dass die Post dort Arbeitskräfte suchte. Ein halbes Jahr lang fand er hier Arbeit und konnte in einer Postwohnung unterkommen, doch dann war Schluss. Er wurde wieder arbeitslos und kurz darauf auch obdachlos. „Es war alles verkehrt gelaufen“, so Neuendorf. Ohne den Alkohol, mit dem er schon zu DDR-Zeiten oft seinen Kummer ertränkt hatte, hielt er es nicht mehr aus. Er landete in einem Bochumer Wohnheim für Nichtsesshafte. Die Alkoholprobleme wurden schlimmer, und Neuendorf wurde ins Krankenhaus eingeliefert. Als ihm der Chefarzt ein Röntgenbild seiner Leber zeigte, kam seine persönliche Wende: „Das ging mir richtig nahe.“ Neuendorf ging in Langzeit-Therapie im Sauerland. Nach Abschluss der Therapie kam er vor etwa sechs Jahren nach Bonn, wo er im Prälat-Scheich-Haus der Caritas unterkam. Hier bekam er die Hilfe und Betreuung, die er brauchte, um endgültig vom Alkohol wegzukommen.

„Jetzt bin ich fast achteinhalb Jahre abstinent“, sagt Neuendorf stolz. Auch eine psychologische Behandlung hat er inzwischen hinter sich. Denn Schikane, Haft und andere schlimme Erlebnisse, über die er jahrelang mit niemandem reden konnte, holten ihn immer wieder ein. „Ich habe einfach zu viel erlebt und gesehen“, sagt er. Heute hat der 48-Jährige die Selbstmordgedanken und Alpträume, die ihn früher quälten, überwunden. Er lebt im Rahmen des Betreuten Wohnens in einem Mehrfamilienhaus im Bonner Stadtteil Heiderhof.



Neuendorf hat sein Leben wieder in den Griff bekommen. Nur eins fehlt ihm: Arbeit. Vor drei Jahren hat er das letzte Mal gearbeitet, im Beschäftigungsprojekt „Arche“ des Bonner Sozialdienstes Katholischer Männer. Das hat ihm gut getan: Er fühlte sich gebraucht und bekam neues Selbstvertrauen. Jetzt steht er zwar auf, wenn morgens seine zwei Wecker klingeln. Aber er weiß manchmal nicht, warum er das eigentlich tut. „Ich würde viel lieber arbeiten, als hier zu Hause herumzusitzen“, sagt er.

Zwischen allen Stühlen

Stattdessen lebt von Arbeitslosenhilfe und ergänzender Sozialhilfe. Damit sitzt er gewissermaßen zwischen den Stühlen: Weil er Arbeitslosenhilfe bekommt, fühlt sich das Sozialamt nicht zuständig. Und beim Arbeitsamt hat man ihn, der schon älter ist und als „schwer vermittelbar“ gilt, längst abgeschrieben. „Sozialhilfe-Empfänger haben eher eine Chance, eine Stelle zu kriegen. Man muss wohl erst ganz tief fallen, um eine Arbeit zu bekommen“, meint er bitter.

Trotzdem gibt Neuendorf die Hoffnung nicht auf: „Nach drei Jahren Stempeln kann man wieder eine ABM bekommen“, erklärt er. Er hat in Bonn einen evangelischen Pfarrer gefunden, der bereit wäre, ihn als ABM-Kraft zu beschäftigen. Eine Mitarbeiterin der Caritas wird ihm helfen, den Antrag zu stellen. Ob die Stelle allerdings bewilligt wird, steht in den Sternen. Da kann sich der Pfarrer, kann sich die Caritas noch so sehr einsetzen – wenn das Geld für ABM-Maßnahmen weiter gekürzt wird, haben Menschen wie Wolfgang Neuendorf keine Chance auf Arbeit mehr. ◀

Karikatur:
Thomas Pfaffmann



Schwerpunkt

1400 Schicksale

Langzeitarbeitslosigkeit bleibt ein Dauerproblem, weil nicht alle Menschen ständig Spitzenleistungen bringen können

Von Markus Lahrmann

Rund 1400 Bewerbungsgespräche hat Johannes Bürger nach seiner Pensionierung noch geführt. 1400 Schicksale von Arbeitslosen erzählt bekommen, die sich um eine Stelle in der Caritas-Werkstatt Schierwaldenrath bemühten. 1400 Begründungen angehört, warum jemand arbeitslos ist, vom Arbeitsamt geschickt wird und hofft, nun endlich wieder etwas tun zu können.

Nach seiner Pensionierung als Stadtdirektor von Hückelhoven wollte Johannes Bürger die Hände noch nicht ganz in den Schoß legen. Er gründete mit Pfarrer Dieter Wintz, dem damaligen 1. Vorsitzenden des Regionalen Caritasverbandes für die Region Heinsberg, und einigen anderen ein Arbeitslosenprojekt, damals noch etwas ungewöhnlich im Bereich der Caritas. Zehn Jahre lang, von 1991 bis 2000, war Bürger dann ehrenamtlicher Geschäftsführer der Caritas-Werkstatt Schierwaldenrath, einer gemeinnützigen GmbH. Die Caritas-Werkstatt beschäftigt Menschen, die vorher dauerhaft arbeitslos waren. Die betroffenen Frauen und Männer haben dort eine Chance zu zeigen, dass sie leistungsfähig und in der Lage sind, sich ihren Lebensunterhalt selbst zu verdienen. Bürger hat die

Bewerber und ihre Schicksale für sich in drei verschiedene Kategorien aufgeteilt: Da sind zum Ersten diejenigen, die körperlich und geistig beeinträchtigt sind. Diese Menschen sind nicht schwerbehindert im Sinne des Gesetzes, sondern einfach nicht so leistungsfähig wie andere. „Sie finden einfach nichts auf dem ersten Arbeitsmarkt, weil die Anforderungen dort so groß sind, dass sie nicht mithalten können“, sagt Johannes Bürger. Zur zweiten Kategorie zählt er Menschen, die keine Qualifikation im Sinne einer abgeschlossenen Berufsausbildung haben, die keine Lehre begonnen haben oder sie abgebrochen haben oder die Prüfung nicht geschafft haben. „Viele resignieren, ihnen fehlt dann der Mut, einen neuen Anlauf zu nehmen“, sagt Bürger. Manche arbeiten dann als Hilfsarbeiter, um sofort Geld zu verdienen, und sind dann die Ersten, die im Zuge von Rationalisierungen, Verschlankungen und Automatisierungen „freigesetzt werden“. Da ist zum Beispiel Herr G. (22), der zwei Lehren begonnen und abgebrochen hat, weil ihm die Feinmotorik fehlte, und der danach nie eine Arbeitsstelle gefunden hat. Und dann gibt es noch die Langzeitarbeitslosen, die allein aufgrund ihres Alters keine Arbeit mehr finden. So wie Herr H. (54), drei Kinder. Der gelernte Glasbläser konnte nach einem Unfall seinen Beruf nicht mehr ausüben, arbeitete seit acht Jahren in verschiedenen Städten in zeitlichen Abständen in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM). Originalton: „Das Schlimmste für mich ist, dass eines meiner Kinder einmal morgens zu mir sagte: ‚Papa, warum gehst du eigentlich nicht arbeiten?‘“ Wer zwischen 45 und 50

*Glücklich in der Arbeit:
Menschen in der
Caritas-Werkstatt
Schierwaldenrath*



Jahren aus welchen Gründen auch immer seinen Arbeitsplatz verliert, zählt für viele Unternehmen „zum alten Eisen“ und wird nicht mehr eingestellt.

1400 Lebensschicksale: Immer wieder hat Bürger die Reaktionen der Mitmenschen auf plötzliche und lang anhaltende Arbeitslosigkeit geschildert bekommen: „Die Leute sehen einen schief an hier im ländlichen Raum“, „die Kinder haben keine Achtung mehr“, den Menschen fällt die Decke auf den Kopf, dazu entstehen Alkohol-Probleme, Arbeitslosigkeit ist der Beginn von Ehe- und Familienzerrwürfnissen. Im Kreis Heinsberg gibt es etwa 12000 Arbeitslose, davon gelten etwa 4000 als Langzeit-Arbeitslose. Für die ist die Caritas-Werkstatt Schierwaldenrath da. „Es gibt Menschen, die sind nicht qualifikationsfähig, die kommen aus total kaputten Familien.“ Wenn man dann erreiche, dass die einigermaßen pünktlich und regelmäßig zur Arbeit kommen, sei eigentlich das Äußerste der Möglichkeiten erreicht, sagt Bürger. „Mittelständische Betriebe können sich in der heutigen Konkurrenzsituation solche Mitarbeiter einfach nicht leisten“, sagt Bürger. Oft gilt schon dauerhafte Arbeitslosigkeit als Makel bei Bewerbungen.

Was denkt er zu Vorurteilen über Langzeitarbeitslose wie etwa dem „die wollen gar nicht arbeiten“? „Es gibt viele Menschen, die können gar nicht mehr wollen“, sagt Bürger. „Haben Sie schon mal zehn Jahre zu Hause rumgelungert?“, fragt er zurück. Ob durch eigene Schuld oder durch fremde Einflüsse, wer kann das schon beurteilen? Bei seinen Vorstellungsgesprächen habe vielleicht ein Zwanzigstel der Bewerber nach

dem Verdienst gefragt. „Die meisten sagten: ‚Hauptsache, ich bin zu Hause raus und kann was tun‘“, berichtet Bürger.

Im Kreis Heinsberg gab es früher viele kleine und kleinste Nähereibetriebe. Die mussten in den 90er Jahren fast alle dichtmachen, weil sie preismäßig nicht mithalten konnten mit der Billigware aus Portugal und Polen. Geschätzte 2500 Näherinnen finden keine Arbeit mehr. Nach 1990 und dem Ende des Ostblocks machte im Zuge der Abrüstung die Flughäfen im Kreisgebiet dicht, fast 2000 Zivilangestellte wurden entlassen. Die Zeche Sophia-Jacoba in Hückelhoven stellte 1997 ihre Förderung ein, die 5700 Kumpel standen auf der Straße.

Zehn Jahre hat Bürger seine selbst gewählte Aufgabe mit Engagement erfüllt, verschweigt rückblickend auch nicht die schweren Zeiten 1998/99. Damals wurde das Defizit der Werkstatt so groß, dass der örtliche Caritasverband bürgen und sogar der Diözesan-Caritasverband mit einem Darlehen einspringen musste, um den drohenden Konkurs abzuwenden. „In diesen zehn Jahren sind 500 Menschen durch diese Einrichtung gegangen, die kurzfristig oder mittelfristig, also ein bis zwei Jahre, wieder Arbeit hatten. In etwa 30 Prozent der Fälle ist es gelungen, diese Menschen in den ersten Arbeitsmarkt zu vermitteln. „Das Wichtigste war: Die Leute mussten sich wohl fühlen“, sagt Bürger. Und dann zitiert er den verstorbenen Bischof von Aachen, den immer noch unvergessenen Bischof Klaus Hemmerle: „Kirche ist für alle da, insbesondere für die Kleinen und die am Rande.“ ◀



Johannes Bürger
Foto: Lahrmann

Fotos: privat





Schwerpunkt

Arbeiten ganz nach Wunsch und Können

„Zuverdienstprojekt“ der Caritas bietet kranken und behinderten Menschen Beschäftigung

Von Harald Westbeld

Bei Irene Fröhlich, Chefin von „AllerHand“, lohnt sich so gut wie jede Bewerbung. Egal ist sogar, ob jemand drei oder 20 Stunden in der Woche arbeiten möchte. Und er darf noch wählen unter verschiedenen Tätigkeiten.

Diese paradiesisch anmutenden Bedingungen nennen sich „Zuverdienstprojekt“. Irene Fröhlich leitet es seit zwei Jahren bei der Caritas Emsdetten-Greven. In der Fachsprache ist dies ein „niederschwelliges Angebot mit integrativem Charakter“. Menschen mit psychischen Erkrankungen oder Behinderungen, die einen Achtstundentag plus Fahren nicht schaffen könnten, aber zumindest zeitweise eine sinnvolle Beschäftigung suchen, finden hierhin. „AllerHand“ boomt. 43 Mitarbeiter sind zurzeit im Fahrradkurierdienst, Bürodienst, Lesecafé, Cateringservice und Hausmeisterdienst angestellt, der Aufbau eines Wäscheservice ist geplant und die Ausweitung der Aktivitäten auf die Nachbarstadt Greven in Vorbereitung.

Dabei gab es am Anfang nur einen Beschluss und noch kein Geld für dessen Umsetzung. Der Vorstand des Caritasverbandes war sich einig, dass im Bereich Beschäftigung etwas für Menschen getan werden muss, die auf dem normalen Arbeitsmarkt aus welchen Gründen auch immer keine Chance haben. Das sind beispielsweise psychisch kranke Menschen, die immer wieder mal einen Rückfall haben können, zu „AllerHand“ dann aber auch immer wieder zurückkommen können. Oder Menschen mit Behinderungen, die nicht

in eine Behindertenwerkstatt wollen oder auch einen vollen Achtstundentag nicht durchhalten. Klein ist „AllerHand“ angefangen, Irene Fröhlich arbeitete damals noch im Bereich Betreutes Wohnen. Heute verdienen die Mitarbeiter ihren Stundenlohn von 1,30 Euro selbst, und manchmal bleibt noch ein kleiner Überschuss, um für den Kurierdienst ein neues Fahrrad anzuschaffen. Der Rest der Kosten muss über Spender und Sponsoren gedeckt werden.

Nicht nur die Mitarbeiterzahl ist gewachsen, auch das Team, das die organisatorischen Fäden knüpft, musste immer wieder erweitert werden. Michael Franke kümmert sich als ABM-Kraft um das Catering. Ulrike Langkamp arbeitet seit September 2001 als Sozialarbeiterin, ebenfalls im Rahmen einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme im Bereich der pädagogischen Begleitung und Arbeitsorganisation. Interessant ist vor allem auch die Stelle von Peter Müller. Seit Juni des vergangenen Jahres ist er Hausmeister im Verband und koordiniert dazu einen Teil der Arbeitseinsätze.

Der Caritasverband ist wie bei ihm oft selbst Kunde bei „AllerHand“ – beim Hausmeisterservice wie auch beim Kurierdienst oder manchmal beim Cateringservice. Die Fahrradkurier transportieren Post zwischen den einzelnen Einrichtungen sowie den Pfarrgemeinden hin und her und zu Privatpersonen. „Der Standard ist durchaus professionell“, ist Irene Fröhlich stolz. Die Beförderung wird innerhalb eines Tages garantiert, die Auslieferung dokumentiert. Diesen Dienst gewerblich anzubieten sei im Augenblick von der Kapazität her noch nicht möglich.

Auch in den anderen Diensten will „AllerHand“ professionellen Standard bieten. Die Besucher der Stadtbibliothek können das schmecken. Für sie ist seit fast einem Jahr das Lesecafé eingerichtet. Zum Kaffee gibt es selbst gebackenen Kuchen und Plätzchen vom Cateringservice, der mehrfach in der Woche Teig in den Backofen schiebt, aber auch mal 120 Gäste auf einem Sommerfest des Behindertenwohnheims mit Grillfleisch versorgt.

Dafür hat die Caritas eine Konzession für Speise- und Schankwirtschaft erworben. Für den Hausmeisterservice, der in kirchlichen und sozialen Einrichtungen sowie bei einzelnen Privatkunden in Emsdetten aktiv ist, ist „AllerHand“ in die Handwerksrolle eingetragen. „Trotzdem will und kann das Zuverdienstprojekt keine Konkurrenz für die örtlichen Handwerksmeister sein“, erklärt Irene Fröhlich. Eine Wachstumsgrenze sieht die Caritas-Mitarbeiterin nicht. Der derzeit

Fotos: Westbeld



jüngste Bereich ist der Bürodienst. Hauptkunde ist „AllerHand“ selbst, weil der Organisationsaufwand so enorm gewachsen ist.

Der Wäscheservice wird Mitte des Jahres aus einem Wohnheim ausgegliedert und als ausgelagertes ergotherapeutisches Angebot unter dem Dach von „AllerHand“ durchgeführt. „Hier ist noch viel vorberei-

tende Arbeit nötig“, so Irene Fröhlich. Reich an Geld werden die Mitarbeiter von „AllerHand“ mit dem Zuverdienst nicht. Aber Irene Fröhlich weiß aus Rückmeldungen, dass Zufriedenheit und Selbstbewusstsein steigen und die Kontakte helfen, Einsamkeit zu überwinden. Im Gegensatz zu ABM-Maßnahmen sind die Jobs unbefristet und können auch unterbrochen werden. Das gibt Sicherheit. Alles Faktoren, die weiteres Wachstum erwarten lassen. Irene Fröhlich geht davon aus, dass mit der ausgelagerten Ergotherapie und dem dazugehörigen Wäscheservice die Mitarbeiterzahl um weitere zehn Mitarbeiter wachsen wird. ◀

Schwerpunkte

Für die kommenden Ausgaben von Caritas in NRW sind folgende Schwerpunkt-Themen geplant:

Heft 4/02 Pflegernotstand

(erscheint Anfang Oktober)

Heft 1/03 Starkes Netzwerk: Caritarsarbeit in Europa

(erscheint Anfang
Januar 2003)

Karl-Heinz kriegt die Kurve

Mentoren bringen Arbeitslose zurück in den Beruf

Jetzt, wo Karl-Heinz L. (37) sich endlich wieder in seiner Stammkneipe sehen lassen könnte, hat er keine Zeit mehr. Drei Jahre hätte er Zeit gehabt, denn so lange war Karl-Heinz arbeitslos.

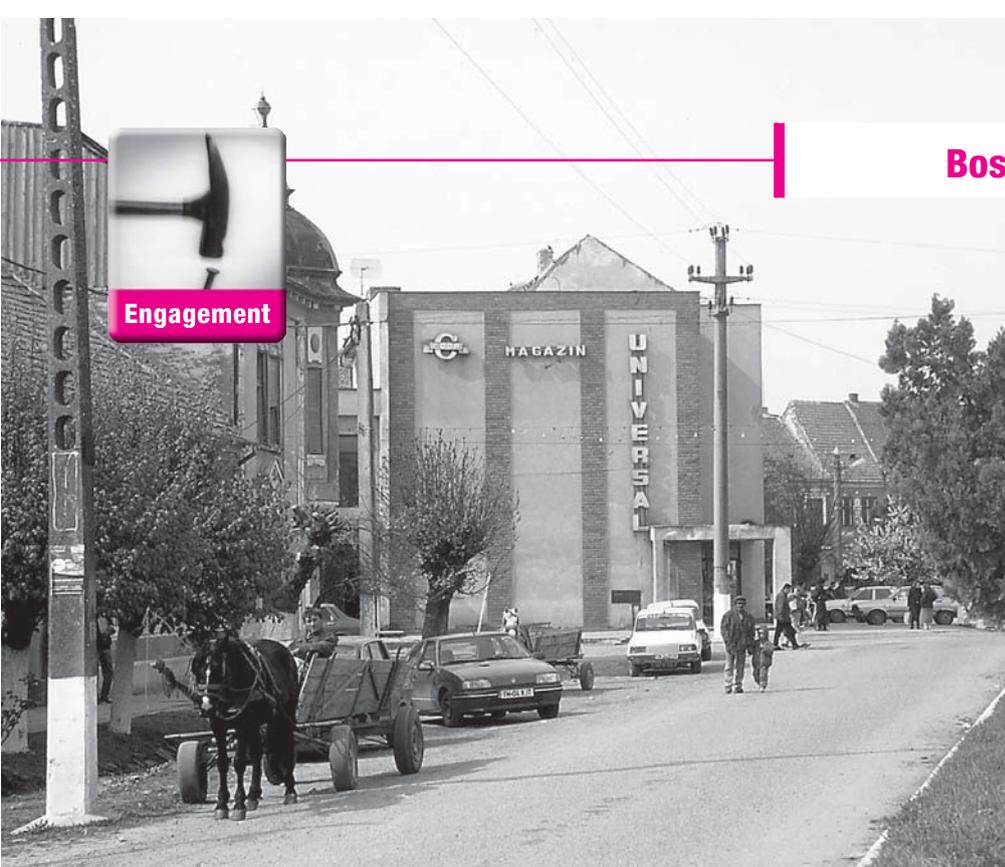
„Ich hatte irgendwann die dummen Sprüche satt“, sagt Karl-Heinz. Sprüche wie: „Du hast es gut, kannst immer schön ausschlafen.“ Jetzt darf Karl-Heinz L. morgens endlich wieder früh raus. Der Bürokaufmann hat wieder einen Job. Noch nicht das ganz Optimale. Eine Zeitarbeitsfirma schickt Karl-Heinz immer dorthin, wo gerade ein Bürokaufmann benötigt wird. „Aber es ist ein gutes Sprungbrett, um Kontakte zu knüpfen“, schaut L. hoffnungsfroh in die Zukunft.

Er ist herausgekommen aus der Abwärtsspirale. Das verdankt er seinem „Mentor“ Dr. Dominik Burghardt (32) und dem „Netzwerk für Arbeit“ in den Kreisen Paderborn und Höxter. „Die Projektidee beruht darauf, dass ehrenamtliche Mentorinnen und Mentoren aus katholischen Verbänden in Kooperation mit dem Arbeitsamt, unterstützt durch das Erzbischöfliche Generalvikariat, Arbeitslosen bei der Jobsuche unter die Arme greifen“, erklärt Koordinator Klaus Seifert (36). Der Diplom-Theologe aus Marienmünster kann bereits eine sehr gute Bilanz vorlegen. Im März 2001 war das Netzwerk für Arbeit gestartet. Bis Juli wurden über 70 Kontakte zu Arbeitslosen aufgebaut, fünf Menschen

konnten in den ersten Arbeitsmarkt vermittelt werden. Zwölf ehrenamtliche Mentoren engagieren sich für das Projekt. Sie können Dinge leisten, die sich in der kalten Behördenatmosphäre des Arbeitsamtes nur schwer realisieren lassen, nämlich Menschen zu motivieren, wieder Zutrauen zu sich selbst zu fassen. „Es genügt manchmal schon, einfach nur einen Sachverhalt positiv darzustellen“, sagt Mentor Dominik Burghardt. Karl-Heinz L. hatte das Problem, dass er als Bürokaufmann keinerlei Berufserfahrung hatte. 37 Jahre alt, ohne im Job gearbeitet zu haben, ist kein gutes Entree. Tatsächlich ist L. ein berufserfahrener Maschinenschlosser, der wegen Asthma eine Umschulung zum Bürokaufmann gemacht hat. „Wir haben einfach nur die Qualifikation für Büroarbeit im Metallgewerbe stärker herausgestellt, und so hat es schließlich geklappt“, sagt Burghardt. Gerade in ländlichen Regionen wie dem Kreis Höxter ist das nächste Arbeitsamt sehr weit weg. „Der Weg zum Netzwerk ist für viele Betroffene näher“, weiß Koordinator Seifert.

Karl-Heinz L. hat für sich die Erfahrung gemacht, dass Arbeitslosigkeit kein Schicksal sein muss. Es braucht nur manchmal etwas Hilfe, um auf den richtigen Weg zu gelangen. „Mal sehen“, sagt L., „vielleicht schau ich bald auch mal wieder in meiner alten Stammkneipe vorbei.“ ◀

bat



Mit Schwein in die Zukunft

Zehn Jahre Auslandshilfe der Ruhr Caritas: Eindrücke und Ausblicke aus dem Banat, aus Banja Luka und aus Mostar

Von Alexander Richter

In einigen hundert Ferkeln liegt die Zukunft. Die kleinen Schweine, die in den blitzblanken Ställen auf der riesigen Ex-Kolchose Petroman mit Geldern aus NRW durchgefüttert werden, bringen, wenn sie verkauft werden, Gewinn ein. Der wird wiederum für Arme, Straßenkinder oder auch für Reparaturen eingesetzt. Ein ganz normaler Wirtschaftskreislauf, sollte man meinen. Nicht so in West-Rumänien. Da tickt so manche Uhr immer noch rot und rückwärts, was besonders die Caritas im Ruhrbistum ärgert.

Seit genau zehn Jahren ist die Auslandshilfe der Essener in Südosteuropa u. a. im Banat rund um die Stadt Timisoara (Temesvar) tätig. Der katholische Wohlfahrtsverband hat dabei mit über 50 Lkw-Ladungen und Investitionen vielen Menschen geholfen, die in Europas Armenhaus ums nackte Überleben kämpfen. Wert der „Hilfe zur Selbsthilfe“: 30 Millionen Mark aus NRW-Spenden- und Steuergeldern.

Es könnte mehr sein, wenn die Bukarester Behörden weniger abkassieren und weniger Auflagen machen würden, klagen Ruhr Caritas und Partner-Caritas vor Ort. „Transportkosten, Zölle und Gebühren verschlingen pro Jahr Gelder in sechsstelliger Höhe“, sagt Rudi Löffelsend, schwergewichtiger Auslandshilfe referent

*Bild oben:
Straßenszene in Ciacova
Fotos: Richter*

der Ruhr Caritas, „da könnten wir ganze Dörfer mit satt bekommen.“

Dennoch: Die Rumänienhilfe aus NRW, die immer über lokale Partner abgewickelt wird, geht, wenn auch gebremst, weiter – gerade sind wieder 13 große 40-Tonner mit mehr als 300 Tonnen an Hilfsgütern über die Rumänienhilfe um Hans Rosenkranz vom St.-Clemens-Hospital in Oberhausen-Sterkrade bei der Caritas in Ciacova (rund 30 km südlich der Halb-Millionen-Stadt Timisoara) angekommen. „Wir lernen jetzt, auf eigenen Beinen zu stehen, was noch ein wenig mühsam ist, aber doch schon immer besser gelingt“, freut sich Georg Kobor, Pfarrer und Schlitzohr à la Don Camillo. Seinem Einsatz, seinem Antrieb und seinen Beziehungen ist es zu danken, dass vor Ort ein Caritas-Zentrum aufgebaut wurde, von dem aus ganz Rumänien mit Hilfsgütern beliefert wird. Kobor: „Bei uns geht die Sonne halt im Westen auf“, schmunzelt er und zeigt auf eine Landkarte – von Ciacova im Westen weisen alle Pfeile nach Osten – bis fast ans Schwarze Meer.

Spenden aus NRW

Seit 1992 wurden im Banat mit millionenschwerer Caritas- und NRW-Hilfe mehrere positive Ansätze geschaffen, von denen sich eine Delegation aus Essen mit Weihbischof Franz Vorrath an der Spitze jetzt überzeigte. Da laufen z. B. diverse Agrarprojekte in und in der Umgebung von Ciacova (rund 30 km von Timisoara) mit Erfolg. Ein Landmaschinenring mit Geräten aus Westfalen hat rund 700 Hektar „unter Pflug“.

Auch viele Unternehmen aus dem Ruhrgebiet haben diverse Projekte unterstützt: Der Schuhfabrikant Deichmann ebenso wie die Firma Geese-Bau, die gerade erst wieder Fenster, Türen, Waschbecken und Toiletten gestiftet hat. Auch Namen wie Ring-Beton, Goldschmidt, Jomo, Berns, Timmerhaus, Jansen Leuchten und auch die Nationalbank helfen mit, dass Rumänien den Anschluss an Europa schafft.

In Ciacova gelingt der schon insofern, als hier erste Ansätze zu einer Selbstversorgung Fuß gefasst haben: Eine Ölmühle produziert Speiseöl, zwei Metzger machen Wurst und Schinken. Brot und Brötchen kommen aus der eigenen Bäckerei, eine kleine Brauerei braut demnächst Bier. Auch eine Schreinerei, eine Spenglerei und eine Kfz-Werkstatt sind in Betrieb. Und auf der früheren Ex-Kolchose, die die Caritas von Ciacova gekauft hat, wird mit Schweinen, Rindern, Pferden und Hühnern gearbeitet. Pfarrer Georg Kobor: „Nächstes Projekt hier ist ein eigenes Schlachthaus.“

Auch diverse soziale Projekte arbeiten wie ein Alten- und ein Kinderheim in Ciacova (komplett gestiftet aus Moers), Sozialküchen für Kinder sowie eine Schule für Heim- und Heilerziehung (beides in Timisoara) erfolgreich. Das gilt auch für das Modellkinderheim St. Nikolaus in Neu-Petsch. In vier Häusern leben jeweils rund zehn ehemalige Straßenkinder und Waisen mit einem Gastelternpaar und einer Erzieherin unter familiären Bedingungen. „Sozialmutter“ Maria Maas aus Duisburg: „Nur dank der Spenden aus NRW läuft der Laden hier, der rumänische Staat hat gerade mal 15 Euro pro Kind und Monat übrig.“

Grenzen überwinden

Szenenwechsel: Auch in Banja Luka und Kotor Varos im serbischen Teil von Bosnien-Herzegowina ist die Ruhr Caritas seit Kriegsende helfend aktiv. Teilweise zusammen mit der über Bundesmittel geförderten „AG Entwicklung und Fachkräfte“ (AGEF) in Berlin werden Kleinbetriebe unterstützt und eine Genossenschaft aufgebaut. Für einige Jungbauern, die vor dem Nichts stehen, bieten Gewächshäuser mit Saatgut die Chance, Einkommen zum Auskommen zu ermöglichen. Auch bekommen fast 600 junge Leute eine Mini-Ausbildung, andere haben auf Zeit Arbeit oder werden, z. B. für touristische Spezialangebote, umgeschult.

Im Motto des Projekts „Eine Chance für die Jugend“ steckt auch ein Stück Hoffnung. Löffelnd: „Nur die jungen Leute können den Hass, der hier immer noch deutlich spürbar ist, überwinden.“ Das bestätigt die Kroatin Anna (20) im serbischen Jugendzentrum von Presnace. Hier lernen rund 150 Jugendliche – Serben, Kroaten, Moslems – in einem von ADEF und Caritas geförderten Projekt Englisch und Deutsch oder surfen im weltweiten Internet. Der Blick über den Tellerrand hilft Grenzen überwinden.

An ihre Grenzen gestoßen sind auch 36 Jugendliche, die sich in der Nähe des grauen Alltags von Banja Luka im ehemaligen Kloster Aleksandrovac einem trockenen Entzug stellen. Nicht alle halten durch, aber die's tun, suchen auch nach einer Perspektive, wollen raus aus dem Elend des Nachkriegs-Kreislaufs. Ihr neues Zuhause auf Zeit wurde mit Hilfe der Ruhr Caritas sowie über die katholische Organisation Renovabis renoviert und wieder lebenswert gemacht.

Hilfe kommt an

Wie Hilfe zur Selbsthilfe auch funktionieren kann, wie ein Hilfsprojekt auf einmal ganz von selbst läuft, ist tief



*Pfarrer Georg Kobor,
Ciacova*



*Bäuerin der Ex-
Kolchosa Petroman,
Ciacova*



*Arbeitspause in
Capljina*

im Süden Bosniens bei Capljina zu sehen. Hier siedelte die Caritas Mostar zunächst 25 Familien (Flüchtlinge aus Ostbosnien) auf jeweils 1500 qm großen Arealen an. Auf diesen Parzellen durften die Familien bauen und Gärten anlegen. Unterstützt von einem heimischen Architekten und mit zahlreichen Sachspenden aus NRW zogen die Familien in gut organisierter Nachbarschaftshilfe ihre Häuschen hoch. So wurde der Grundstein für eine kleine Stadt gelegt, die heute an die 2000 Häuser groß ist. Alle gebaut in Eigeninitiative und mit Unterstützung aus Essen.

Capljina macht Mut, zeigt, dass und wie Hilfe ankommt. Die „Caritas-Stadt“ könnte ein Anfang für viele ähnliche Siedlungen sein. Weihbischof Franz Vorath: „Die meisten Hilfsorganisationen haben Bosnien verlassen, sind weitergezogen. Wir bleiben und wollen unsere Hilfe sogar noch verstärken.“ ◀

*Die Ruhr Caritas braucht für ihre Südosteuropahilfe auch weiterhin Unterstützung.
Spendenkonto: 14 400 bei der Bank im Bistum Essen, BLZ 360 602 95*

Defizite in Gesellschaftspolitik

PISA deckt den Zusammenhang zwischen Bildungsstand und Schichtzugehörigkeit schonungslos auf



Bildung passiert, wenn die Bedingungen stimmen, wie hier im „Medien-Kindergarten“ St. Franziskus, Gladbeck
Foto: Lahrmann

Die PISA-Studie deckt nicht nur Bildungsmängel auf, sondern offenbart auch eklatante Defizite in der Gesellschafts- und Familienpolitik in Deutschland. In keinem anderen der 32 an der Studie beteiligten Länder ist die Spanne zwischen den schlechten und guten Schülern so groß, und nirgendwo sonst ist der Zusammenhang zwischen der Herkunft und dem Bildungsstand so deutlich.

Diese und viele weitere Ergebnisse, die es in der komplexen Untersuchung noch zu entdecken gilt, erfordern nach Ansicht von Münsters Diözesan-Caritasdirektor Heinz-Josef Kessmann „Nachdenken statt Schnellschüsse“. Auf einer gemeinsam vom Diözesan-Caritasverband Münster, von der Katholischen Fachhochschule NW (KFH) und dem Franz-Hitze-Haus angebotenen Tagung kritisierte auch der Rektor der KFH, Prof. Dr. Peter Berker, dass schon am

Abend des Erscheinens der PISA-Studie „die ersten Patentrezepte“ vorgelegt wurden. Sie solle als „ein politisch fruchtbarer Moment“ begriffen werden, um den Bildungsauftrag neu zu überdenken. Dazu diskutierten die Teilnehmer die Rolle, die Tageseinrichtungen und Jugendhilfe in Vorbereitung auf und Zusammenarbeit mit den Schulen spielen können und sollen.

Statt einer genauen Analyse werden erste Beschlüsse schon umgesetzt, obwohl deren Wirksamkeit in Frage gestellt werden kann. Diese Kritik zog sich durch die Beiträge der Referenten. Statt mit heute durchschnittlich 6,6 Jahren sollen Kinder künftig mit sechs Jahren eingeschult werden. Zu wenig bedacht ist nach Ansicht von Heinz-Josef Kessmann, was die Konsequenzen für die Tageseinrichtungen sind: „Werden die 3000 zusätzlich notwendigen Lehrerstellen bei den Kindergärten eingespart?“

Auf der anderen Seite wolle man den Tageseinrichtungen einen Auftrag für verstärkte Vorschulbildung geben, ohne darüber zu diskutieren, welche Voraussetzungen für eine bessere Förderung gegeben sein

müssten, so Kessmann. Kleinere Gruppen wären ein guter Ansatz, stattdessen werde überlegt die Gruppengröße freizugeben: „Dann haben wir bald 30 statt 25 Kinder je Gruppe.“

Um die Komplexität der Studie zu verstehen, stellten Prof. Dr. Angelika Schmidt-Koddenberg und Prof. Dr. Johann Michael Gleich von den KFH-Abteilungen Aachen und Köln den Aufbau und einige Ergebnisse vor. Der Schwerpunkt lag diesmal auf der Lesekompetenz, in Fortsetzungen sollen 2003 und 2006 die mathematischen und naturwissenschaftlichen Kompetenzen im Vordergrund stehen. In Deutschland stellten sich 23 Prozent der 15-Jährigen als funktionale Analphabeten heraus, aber nur elf Prozent wurden von ihren Lehrern erkannt.

Das „eigentliche Drama“ aber sei, so Gleich, dass in keinem anderen Land die Schichtzugehörigkeit sich so deutlich im Bildungsstand widerspiegle. Offensichtlich gebe es hier auch Nachholbedarf in der Familien-, Jugend- und Migrationspolitik. Deutlich hat die Studie nach Ansicht von Prof. Dr. Renate Zwicker-Pelzer (KFH Aachen) zudem gemacht, dass der Focus wieder mehr von den mathematischen und naturwissenschaftlichen Disziplinen auf sozial-gesellschaftliche Kompetenz gelenkt werden muss.

Die Professorin warnte die Tageseinrichtungen davor, sich den Schuh PISA anzuziehen: „PISA ist Schulkritik – nur wird diese in den vorschulischen Bereich weitergeleitet.“ Auch Prof. Dr. Klaus-Peter Kasiske (KFH Münster) verwies darauf, dass die Lesemotivation erst „irgendwo zwischen Grundschule und Sekundarstufe I verloren geht“. Kasiske verspricht sich von PISA Unterstützung in dem Anliegen, eine stärkere Kooperation von Schule und Jugendhilfe zu erreichen. Notwendig sei allerdings statt hektischem Aktionismus ein „geduldiger Abbau von Kooperationshindernissen“. Er warnte davor, die Ganztagschule als Allheilmittel zu sehen. Es müsse erst einmal untersucht werden, wo die Kinder tatsächlich am besten aufgehoben sind.

Schnellschüsse zu vermeiden, gilt nach Ansicht von Diözesan-Caritasdirektor Kessmann allerdings nicht nur für die Politik, sondern genauso für den sozialen Bereich. Er wollte deshalb auch keine Forderungen nach geringerer Gruppenstärke und mehr Personal in den Tageseinrichtungen erheben, da dies angesichts der Haushaltslage ohnehin eher unrealistisch sei. ◀

Bundesweit Vorreiter

Von Neuss aus wird die Hilfe für Glücksspielsüchtige koordiniert

Lichtflackernde Geldautomaten, Pferdewetten, Lotto oder Roulette – wer das Glück regelmäßig herausfordert, landet nicht selten in einem Teufelskreis. Gewinne werden zum persönlichen Erfolg, die Einsätze steigen, das Risiko wird maximiert. Das Spiel wird zur Sucht.



Im Rahmen der Suchtkrankenhilfe hat der Caritasverband in Neuss jetzt eine Landesfachstelle Glücksspielsucht Nordrhein-Westfalen eingerichtet, die eine bundesweit einmalige Hilfseinrichtung ist. Hauptaufgabe sind die Information und Aufklärung über die Gefahren der Glücksspielsucht. Darüber hinaus unterstützt die Stelle das Land wie auch andere Einrichtungen der Suchthilfe bei der Weiterentwicklung der vorhandenen Angebote. Ziel ist es, den Zugang zu Hilfen zu erleichtern. Darüber hinaus wird in der Fachstelle das bundesweit erste ambulante Behandlungs- und Rehabilitationsangebot für Glücksspielsüchtige umgesetzt. In Deutschland gibt es nach Schätzungen zwischen 80 000

und 130 000 beratungs- und behandlungsbedürftige Glücksspieler, davon in NRW etwa 30 000. Zahlmäßig ist diese Gruppe damit genauso groß wie die der behandlungsbedürftigen Drogenabhängigen. Erst seit kurzem können wegen der oft schwierigen Diagnose Beratung und Behandlung zugeordnet und damit finanziert werden. In Kooperation mit den Sozialversicherungsträgern hat der Caritasverband Neuss ein eigenständiges Behandlungskonzept für Glücksspieler entwickelt und kann als erste Einrichtung bundesweit Glücksspielsüchtige im Rahmen einer ambulanten Rehabilitation behandeln. ◀ *Markus Lahrmann*

Die „stoffunabhängige“ Spielsucht macht Fachleuten schwer zu schaffen.

Weitere Informationen zum Thema sowie Beratungsmöglichkeiten im Internet unter www.spielsucht.net.

Effizientes Lobbying

Caritasdirektoren aus NRW im Brüsseler Generalsekretariat der EU

Die neue Mitteilung der Europäischen Kommission zur Daseinsvorsorge und ihre Auswirkung auf die Freie Wohlfahrtspflege standen im Mittelpunkt der Brüsselreise der Diözesan-Caritasdirektoren aus Nordrhein-Westfalen im Frühjahr 2002.

Die Direktoren Burkard Schröders (Aachen), Andreas Meiwes (Essen), Winfried Risse (Köln), Heinz-Josef Kessmann (Münster) und Volker Odenbach (Paderborn) kamen zu dem Ergebnis, dass die nicht nur von den Verbänden geforderte Klarheit und Rechtssicherheit, welche sozialen Dienste künftig zur „Daseinsvorsorge“ gehören werden, bisher nach wie vor nicht gegeben sind. Sie stellten aber zugleich die Frage, wie politisches Lobbying zukünftig effizienter gelingen könne. Marcel Haag vom Generalsekretariat der EU-Kommission erläuterte die aktuelle europäische Diskussion zu diesem Thema. Dabei machte er deutlich,

dass „Daseinsvorsorge“ ein typisch deutscher Begriff sei, der außerhalb der Bundesrepublik erklärungsbedürftig werde. Er umfasse nur solche Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, die mit einem öffentlichen Gemeinwohlauftrag versehen seien. Haag zeigte auf, dass die Binnenmarkt- und Wettbewerbsregeln nur auf wirtschaftliche Tätigkeiten anwendbar seien. Nicht-wirtschaftliches Handeln sei vom Anwendungsbereich des Vertrages ausgeschlossen. Daher erschienen große Teile der sozialen Leistungen an sich nicht auf dem Radar des Gemeinschaftsrechts. Das Problem sei, dass die Abgrenzung zwischen wirtschaftlichen und nicht-wirtschaftlichen Tätigkeiten nicht immer einfach sei.

Im Rahmen eines parlamentarischen Abends, zu dem die Diözesan-Caritasdirektoren EU-Parlamentarier aus NRW und Martin Coen von der NRW-Vertretung geladen hatten, wurde eine gemeinsame Strategie angedacht, die Daseinsvorsorge und andere Themen zukünftig zum Anlass zu nehmen, europäische Sozialpolitik seitens der Caritas in NRW mitzugestalten. ◀

Sabine Schumacher

Kampagne zur Zukunft der Pflege

Gemeinsame Aktion der Freien Wohlfahrtspflege in Nordrhein-Westfalen

Von Heinz-Josef Kessmann, Caritasdirektor im Bistum Münster und Mitglied des Vorstands der LAG Freie Wohlfahrtspflege

Die Pflege alter und kranker Menschen ist und bleibt ein zentrales Tätigkeitsfeld in allen Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege. In Nordrhein-Westfalen war im Jahr 2000 rund eine halbe Million Menschen pflegebedürftig. Ca. 334 000 Pflegebedürftige wurden zu Hause gepflegt, davon 94 000 Menschen mit der Unterstützung durch ambulante Pflegedienste. Ca. 134 000 Menschen lebten in Pflegeheimen.



Die Caritas hat in der Vergangenheit, zum Beispiel im Rahmen des Jahresthemas „Menschenwürdig pflegen“ oder anlässlich der Woche für das Leben, immer wieder auf die sehr kritischen Entwicklungen im Bereich der Pflege hingewiesen; dazu einige zentrale Kritikpunkte:

- Aufgrund der Vorgabe der Beitragssatzstabilität werden die Leistungen für die zunehmende Zahl der Pflegebedürftigen immer weiter eingeschränkt, auch wächst der Zeitdruck in der Pflege.
- Aus diesen Gründen wird es auch zunehmend schwieriger, den besonderen Erfordernissen chronisch kranker oder an Demenz leidender Menschen gerecht zu werden. Das Pflegeleistungsergänzungsgesetz hat hier zu keinen durchgreifenden Verbesserungen geführt; das rein auf die körperliche Pflege reduzierte Pflegeverständnis der Pflegeversicherung wurde nicht grundsätzlich überwunden.
- Die Beschränkung der Ausbildungszahlen in der Altenpflegeausbildung in Nordrhein-Westfalen führt dazu, dass Jugendliche den Beruf der Altenpflegerin / des Altenpflegers nicht ergreifen können, obwohl alle Fachleute vor einem neuen Pflegenotstand warnen.
- Eine zunehmende Bürokratisierung führt zu einem immer höheren Verwaltungsaufwand, der bei gleich bleibendem Personaleinsatz ebenfalls zu Lasten der Pflege geht.

Informationen bei Ihrem Diözesan-Caritasverband oder im Internet unter: www.kampagne-fuer-pflege.de

Die Forderungen der Freien Wohlfahrtspflege NRW

(aus dem Text der Resolution zur Kampagne)

1. Die Pflege muss an den individuellen Bedürfnissen der pflegebedürftigen Menschen orientiert sein. In diesem Rahmen müssen den Kassen ausreichend finanzielle Mittel für die Leistungsgewährung zur Verfügung stehen.
2. Die schleichende Leistungseinschränkung in der ambulanten Pflege muss beendet werden.
3. Die Kostenträger sind aufgefordert, für die Pflege in den Altenheimen das erforderliche Personal anzuerkennen.
4. Es müssen mehr Ausbildungsplätze für Pflegefachkräfte geschaffen werden. Um diese auf Dauer in ihrem Berufsfeld zu halten und Menschen für Pflegeberufe zu begeistern, muss die Attraktivität dieses Arbeitsfeldes gesteigert werden.
5. Der starre Leistungsbegriff der Pflegeversicherung ist zugunsten individueller Hilfen aufzuheben.

Wir brauchen eine Korrektur des Altersbildes in allen gesellschaftlichen Bereichen. Wir müssen, um als soziale und demokratische Gesellschaft zukunftsfähig zu werden, die älteren Menschen als Gewinn begreifen und nicht als puren Kostenfaktor diskriminieren.

Diese ganz wenigen, aber deutlichen Hinweise unterstreichen, warum die Caritas einen breiten gesellschaftlichen Diskurs zu der Frage gefordert hat, wie viel der Gesellschaft die menschenwürdige Pflege der älteren Generation wert ist. Ist Beitragssatzstabilität tatsächlich das oberste Gebot? Darüber hinaus muss gefragt werden, ob das durch die Pflegeversicherung eingeführte Prinzip des Marktwettbewerbs im Bereich der Pflege wirklich das geeignete Steuerungsprinzip darstellt. Auch die anderen Verbände der Freien Wohlfahrtspflege in Nordrhein-Westfalen sind mit der Caritas der Meinung, dass jetzt dringend über die Zukunft der Pflege gesprochen werden muss. Daher hat die Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege beschlossen, im Sommer dieses Jahres eine landesweite Kampagne zur Zukunft der Pflege durchzuführen. Dazu werden alle Einrichtungen der Altenhilfe aufgefordert, in den Monaten Juli bis September geeignete Aktionen durchzuführen, möglicherweise bietet ja auch der Bundestagswahlkampf geeignete Anknüpfungspunkte. Im Rahmen der Kampagne sollen auch Unterschriften zu den oben stehenden Forderungen gesammelt werden. ◀

„Benachteiligung von Schwangeren“



NRW-Caritas startet Initiative zur Änderung des Bundes-Sozialhilferechts

Die derzeitige Praxis der Sozialhilfegewährung während einer Schwangerschaft und in den ersten Jahren nach der Geburt hält die NRW-Caritas für verfassungsrechtlich bedenklich.

In einem Schreiben an die Fraktionen von SPD, CDU/CSU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen im Deutschen Bundestag schlagen die fünf Diözesan-Caritasverbände Aachen, Essen, Köln, Münster und Paderborn eine Änderung im Rahmen einer anstehenden Novellierung des Bundessozialhilfegesetzes vor. Ziel ist, dass die Wohnung erhalten bleibt, Sparguthaben nicht aufgelöst werden und das Auto nicht verkauft werden muss. Die Erfahrung der Schwangerschaftsberatungsstellen zeigt, dass viele Alleinerziehende und Familien in der Zeit der Schwangerschaft und den ersten drei Jahren nach der Entbindung nur vorübergehend von Sozialhilfe abhängig werden, bis sie wieder arbeiten können. Nach derzeitiger Praxis müssen sie trotzdem zunächst fast ihr gesamtes Vermögen auflösen und gegebenenfalls in eine Wohnung umziehen, deren Miete den Grenzen der Sozialhilfe entspricht. In manchen Fällen wird darüber hinaus verlangt, dass Lebensversicherungen und Bausparverträge selbst bei Wertverlusten von bis zu 50 Prozent gekündigt und aufgebraucht werden. Diese Rahmenbedingungen sind nach Ansicht

der Caritas unakzeptabel und verfassungsrechtlich bedenklich. In seiner Entscheidung aus dem Jahr 1993 zur Neuregelung des § 218 hatte das Bundesverfassungsgericht nämlich angeführt, dass der Staat verpflichtet ist, darauf hinzuwirken, „dass die Schwangerschaft nicht wegen einer bestehenden oder nach der Geburt des Kindes drohenden materiellen Notlage abgebrochen wird“. Die Entscheidung für das Kind soll erleichtert und nicht, wie es nach geltendem Sozialhilferecht geschieht, erschwert werden. Nach Meinung der Caritas verstößt allein die Tatsache, dass Schwangere, Alleinerziehende und Familien während der Elternzeit gezwungen sind, ihren Lebensstandard auf Sozialhilfeniveau festzuschreiben, gegen die vom Bundesverfassungsgericht gemachten Vorgaben.

Konkret wird dem Bundestag vorgeschlagen, bezüglich des Wohnraums einen neuen Satz in das Bundessozialhilfegesetz einzufügen, sodass die tatsächlichen Aufwendungen für eine während der Elternzeit bewohnte Unterkunft in jedem Fall angemessen sind. Außerdem soll bei der Vermögensverwertung in der Regel angenommen werden, dass es sich um einen Härtefall handelt, „wenn die Hilfe Suchende schwanger ist oder Elternzeit nach Bundessozialhilfegeldgesetz in Anspruch nimmt“. Dann könnten die Sozialhilfeträger die Verwertung des Vermögens nur noch in extremen Ausnahmefällen verlangen. ◀ *Markus Lahrmann*

Schwangere und junge Mütter dürfen nicht in die Sozialhilfe abgedrängt werden, fordert die Caritas in NRW.

Impressum

„Caritas in NRW“
Kaiserswerther Str. 282-284
40474 Düsseldorf
Telefon: 02 11 / 51 60 66-20
Telefax: 02 11 / 51 60 66-25
E-Mail: caritasNRW@t-online.de

Herausgeber: Diözesan-Caritasverbände von Aachen, Essen, Köln, Münster, Paderborn, vertreten durch Diözesan-Caritasdirektor Andreas Meiwes, Essen

Chefredakteur: Markus Lahrmann
Redaktionssekretariat: Monika Natschke
Redaktion:
Rudi Löffelsend (Essen)
Alfred Hovestädt,
Dagmar Gabrio (Köln)
Heinz-Gert Papenheim
(Recht-Informationsdienst, Köln)
Jürgen Sauer (Paderborn)
Gerd Schnitzler (Aachen)
Harald Westbeld (Münster)

Layout: Alexander Schmid
Druck: Bonifatius GmbH, Paderborn
Anzeigenverwaltung:
Bonifatius GmbH,
Karl-Schurz-Str. 26, 33100 Paderborn
Karl Wegener
Telefon: 0 52 51 / 1 53-2 20
Telefax: 0 52 51 / 1 53-1 04

Verkaufspreis durch Mitgliedsbeitrag abgegolten.
Gedruckt auf Bilderdruck-Papier, hergestellt aus 100 % chlorfrei gebleichten Faserstoffen.

ISSN 1617-2434



Rentenreform und Sozialberatung

Neue Gesetze und Regelungen erfordern umfassende Informationen für die Praktiker

Von Mark Brülls

Zum 1. Januar 2002 ist die Rentenreform in Kraft getreten, die eine schrittweise Absenkung des Rentenniveaus zur Folge haben wird. Die dadurch entstehende Rentenlücke soll – so die Zielsetzung der „Riester-Rente“ – durch staatlich geförderte Eigenvorsorge geschlossen werden. Wie aber steht es um die Menschen, die am Rande des Existenzminimums leben? Haben Sozialhilfeempfänger, Langzeitarbeitslose, allein erziehende Eltern oder kinderreiche Familien mit geringem Einkommen überhaupt die Möglichkeit, privat vorzusorgen und von der staatlichen Förderung zu profitieren?

Auf einer Informationsveranstaltung „Rentenreform und Sozialberatung“ des Caritasverbandes für das Bistum Aachen erläuterte der Wirtschaftsforscher und Politikberater Bruno Kaltenborn die Folgen der Reform für sozial Schwache. Wer die vollen staatlichen Zulagen erhalten will, muss ab 2002 mindestens ein Prozent (sukzessive Steigerung auf vier Prozent ab 2008) seines maßgeblichen Einkommens als Eigenbeitrag leisten.

Der Mindesteigenbeitrag beträgt für Alleinstehende jährlich 45 Euro, für Alleinstehende mit einem Kind 38 Euro sowie für Alleinstehende mit zwei und mehr Kindern 30 Euro (ab 2005 jährlich 90, 75 bzw. 60 Euro). Personen, die aufgrund ihres geringen Einkommens lediglich den Mindesteigenbeitrag aufbringen können, erhalten dennoch die vollen Zulagen. Die staatliche Förderung der privaten Altersvorsorge ist somit für Personen mit niedrigen Einkommen besonders lohnend – nicht aber, wenn diese im Alter voraussichtlich auf staatliche Unterstützung angewiesen sein werden: Nach gegenwärtigem Rechtsstand wird das im Rahmen der „Riester-Rente“ erwirtschaftete Vermögen bei einer Bedürftigkeitsprüfung angerechnet.

Bei Bedürftigkeit im Alter greift ab 2003 das neue Grundsicherungsgesetz, das die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt für alte Menschen ablöst. Zum anspruchsberechtigten Personenkreis zählen Personen ab 65 Jahren sowie dauerhaft Erwerbsgeminderte ab 18 Jahren. Hinsichtlich ihrer Ausgestaltung entspricht die Grundsicherung im Wesentlichen der laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt. Entgegen der Praxis der Sozialhilfe jedoch wird die Bedürftigkeit individuell geprüft und ein entsprechender Bedarf individuell berechnet. Zudem entfällt der Vorrang von Unterhaltsansprüchen gegenüber Kindern und Eltern (es sei denn, das jährliche Einkommen eines Kindes oder Elternteils übersteigt 100 000 Euro). Einmalige Bedarfe sind mit 15 Prozent des Regelsatzes pauschaliert; mit 20 Prozent des Regelsatzes wird eine Gehbehinderung als einziger Mehrbedarf berücksichtigt. Sollte die Grundsicherung den tatsächlichen Bedarf nicht decken, kann ergänzend Sozialhilfe in Anspruch genommen werden. Zuständig für die Grundsicherung sind die Kommunen, wobei eine administrative Trennung von der Sozialhilfe vom Gesetzgeber erwünscht ist.

Den sozialpolitischen Gewinn durch die neue Grundsicherung wertete Kaltenborn im Hinblick auf ihre der laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt ähnelnde Ausgestaltung als gering. Dennoch sei zu hoffen, dass insbesondere der Wegfall der Regresspflicht von Kindern und Eltern, die administrative Trennung von der Sozialhilfe und nicht zuletzt die anders lautende Begrifflichkeit alten Menschen die Hemmung nehmen werden, ihre gesetzlich garantierten Ansprüche geltend zu machen. Sollte dies gelingen, wäre mit der Grundsicherung ein wichtiger sozialpolitischer Beitrag zur Reduzierung der verschämten Altersarmut geleistet – so Kaltenborn. ◀

Nachfrage gestiegen

Katholische Schwangerschaftsberatung zieht positive Bilanz

Ein Jahr nach dem Ausstieg aus der gesetzlichen Schwangerschaftsberatung zogen die Caritas und der Sozialdienst katholischer Frauen (SkF) für ihre acht Rat-und-Hilfe-Stellen eine positive Bilanz. Nach Auskunft von Luzie Schüller, der Caritas-Referentin für die Schwangerschaftsberatung, haben die Rat-und-Hilfe-Stellen auch weiterhin große Akzeptanz und seien nach dem Verzicht auf den Beratungsnachweis voll ausgelastet.

2001 wurden im Bistum Aachen in der allgemeinen Schwangerschaftsberatung 3 598 Frauen gegenüber 3 193 im Jahr 2000 beraten; 405 Frauen mehr als im Vorjahr, betont Luzie Schüller. Ohne Beratungsschein fanden 132 Schwangerschaftskonfliktberatungen statt. Die Probleme der Rat Suchenden waren wiederum vielschichtig. Auffällig sind bei ca. 50 Prozent der Rat Suchenden physisch-psychische Probleme. Eine gravierende Rolle spielten auch Beziehungsprobleme in der Partnerschaft, Familie und im sozialen Umfeld sowie soziale Ausgrenzung durch Arbeitslosigkeit und

Babyfenster in Düren

Info-Kampagne zur Bewusstseinsbildung

Düren. In jedem Jahr werden in Deutschland neugeborene Kinder ausgesetzt. Die Mütter befinden sich in verzweifelten und isolierten Situationen. „Das Babyfenster kann ein Ausweg sein für Mutter und Kind“, so Sabine Ortmann, die Vorsitzende des Caritasverbandes für die Region Düren-Jülich. In der Region ist seit gut einem Jahr im Birkesdorfer Krankenhaus ein Baby-

Frühlingsbasar auf dem Vellerhof

Blankenheim. Kürzlich fand im Clemens-Josef-Haus (Vellerhof) der schon traditionelle Frühlingsbasar statt. Besucher aus ganz NRW und Rheinland-Pfalz waren herbeigeströmt. Das Clemens-Josef-Haus ist eine Einrichtung für Menschen in besonderen sozialen Schwierigkeiten und steht in Trägerschaft des Rhei-

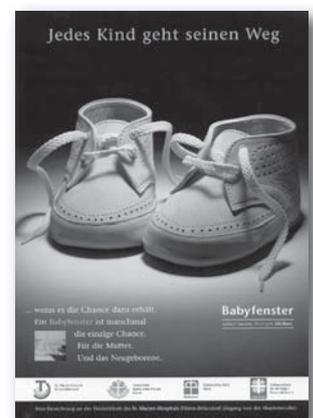
Bischof Mussinghoff kritisiert Landesregierung

Krefeld. In scharfer Form hat der Aachener Bischof Dr. Heinrich Mussinghoff die Weigerung von Landesregierung und Landesbehörden angeprangert, den katholischen Schwangerschaftsberatungsstellen Zuschüsse und Unterstützung zu gewähren. Anlässlich des 25-jährigen Jubiläums der Rat-und-Hilfe-Stelle des SkF in Krefeld wies der Bischof im Februar darauf hin, dass Rat und Hilfe mittlerweile jede vierte schwangere Frau in Krefeld berate. „Deshalb klage ich an und nenne es einen Skandal, dass Landesregierung und -behörden gegen Recht und die Grundsätze gerechten und sozialen Handelns unseren Rat-und-Hilfe-Stellen jegliche Zuschüsse und Unterstützung vorenthalten. Ich setze und verweise auf die Zusagen, für eine gerechte Regelung zu sorgen“, betonte der Bischof.

Angst vor der Zukunft. Wohnungsprobleme konnten trotz Entspannung auf dem Wohnungsmarkt für kinderreiche Familien, Alleinerziehende und ausländische Familien häufig nicht gelöst werden. Auch finanzielle Nöte spielen eine große Rolle. Durch Hilfen bei Behördenkontakten und Durchsetzung von Rechtsansprüchen konnten Probleme gelöst werden. Andere wiederum erhielten Hilfen bei der Arbeitsbeschaffung sowie Finanzhilfen aus der Bundesstiftung Mutter und Kind, aus dem Bischöflichen Hilfsfonds, kommunalen Hilfsfonds sowie aus Spendenmitteln. Alle acht Rat-und-Hilfe-Stellen mobilisierten viele Sachhilfen zu Babyausstattung, Wohnungseinrichtung, Hausrat und Bekleidung.

Die katholische Schwangerschaftsberatung wurde von Frauen aus über 20 Nationen in Anspruch genommen, davon 53,3 % Deutsche und 15 % Asylbewerber. Türkinen führten mit 17,8 % die Statistik der Ausländerinnen an, gefolgt von 14,7 % Frauen aus dem nichteuropäischen Ausland. ◀

fenster eingerichtet. Die Verantwortlichen meinen, dass es jetzt an der Zeit sei, einen weiteren Schritt zu tun, um das Babyfenster im Bewusstsein einer großen Öffentlichkeit zu positionieren. Ortmann: „Wir wollen das tun, um breite Bevölkerungskreise zu Multiplikatoren für den ‚Ernstfall‘ werden zu lassen.“ Da es die direkte Ansprache für verzweifelte und isolierte Frauen nie geben kann, erhoffen sich die Initiatoren von der Info-Kampagne „Babyfenster“, die in diesen Tagen starten wird, eine große Wirkung im Bewusstsein der Bevölkerung. ◀ Gerd Schnitzler





Erziehungshilfe braucht Vernetzung



Der Vorstand der AGkE
Foto: Schnitzler

Caritas gründet Arbeitsgemeinschaft

Im Aachener Haus der Caritas wurde im März eine Arbeitsgemeinschaft katholischer Einrichtungen und Dienste der Erziehungshilfen in der

Diözese Aachen (AGkE) gegründet. Die neue Arbeitsgemeinschaft löst die bisherige Arbeitsgemeinschaft der katholischen Heime der Jugendhilfe (AGH) ab.

Hintergrund ist ein fachlicher Perspektivenwechsel, der im Wesentlichen darin besteht, dass die individuellen Bedürfnisse des Kindes, des Jugendlichen, der Familie Ausgangspunkt aller Hilfeüberlegungen sind. Der Hilfe Suchende soll nicht erst zehn verschiedene

Institutionen anlaufen müssen, um die richtige Hilfe zu finden. Ein solches Verständnis von Erziehungshilfe verlangt nach Vernetzung und Kooperation der einzelnen Dienste und Einrichtungen mit ihrem jeweiligen fachlichen Angebot. Es verlangt aber auch neue strukturelle und organisatorische Rahmenbedingungen. Somit war der Zusammenschluss der katholischen Kinder- und Jugendheime, der Tagesgruppen, der Erziehungsberatungsstellen, der sozialpädagogischen Familienhilfen, der Pflege- und Adoptionsvermittlung und sonstiger ambulanter Beratungsdienste in einem gemeinsamen Fachverband auf Bistumsebene nur konsequent. Monika Brams, Leiterin der Abteilung „Beratung und Erziehung“ im Caritasverband für das Bistum Aachen, drückte ihre Freude darüber aus, dass der Prozess der Umgestaltung in der Diözese Aachen unter größtmöglicher Beteiligung aller Einrichtungen, Dienste und Träger stattfand und ambulante, stationäre und Beratungsdienste gleichberechtigte Partner beim Aufbau eines komplexen und differenzierten Systems erzieherischer Hilfen sind. ◀

Frühjahrsputz

Gesundheitswochenende für Caritasmitarbeiter

Höfen. Das St.-Josefs-Haus in Monschau-Höfen ist eine Einrichtung des Caritasverbandes mit einem umfassenden und ganzheitlichen Angebot in der Gesundheitsförderung. Die langjährige bewährte und erfolgreiche Arbeit in der Gesundheitsvorsorge bot das St.-Josefs-Haus jüngst auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Caritas im Bistum Aachen an. Wie Irmgard Kessels, die Leiterin des St.-Josefs-Hauses, betont, standen die ersten Gesundheitswochenenden unter dem Thema „Planen Sie das etwas andere Wochenende – machen Sie ‚Frühjahrsputz‘ für Körper, Geist und Seele“. Das Angebot in den Gesundheitskursen reichte von Kneipp'schen Anwendungen bis zum Walking, zur Wirbelsäulengymnastik, zum Ausdauertraining an Fitnessgeräten, zur Massage, Entspannung und Sauna bis hin zu einer ausgewogenen vollwertigen Ernährung; Spaziergänge und ein Besuch des Eifelstädtchens Monschau inbegriffen. ◀

Startschuss der Rubbellos-Lotterie „Helfen und gewinnen“

45 Prozent Verkaufserlös für soziale Aufgaben

Kindergärten, Pfarrcaritasgruppen und alle, die zur Erfüllung sozialer Aufgaben eine zusätzliche Finanzierungsquelle nutzen wollen, sollten bereits jetzt ihr Lotterie-Loskontingent bestellen.

Erfahrungsgemäß finden gerade in der Startperiode der Lotterie die Veranstaltungen statt, bei denen ein hoher Losumsatz garantiert ist: Sommerfeste, Pfarrfeste, Sportfeste, Straßenaktionen usw. Bei solchen Veranstaltungen verkaufen sich die Rubbellose quasi nebenher. Bei der späteren Abrechnung wird der 45-prozentige Verkaufserlös unmittelbar einbehalten und steht somit direkt für soziale Aufgaben zur Verfügung. Vom Lospreis 1 Euro sind das immerhin 45 Eurocent.

Die Lose gibt es in Kommission; Abrechnung der verkauften Lose spätestens im Januar 2003. Die Lotterie der Freien Wohlfahrtspflege wird in diesem Jahr vom 1. Juli bis zum 31. Dezember gespielt.

Bestellungen sind über den Caritasverband für das Bistum Aachen e. V., Kapitelstr. 3, 52066 Aachen, Tel. 02 41 / 43 11 30 möglich. *Karl Heinz Ruland*



„Zuwanderung ist kein Wahlkampfthema“

Aachen. Bischof Dr. Heinrich Mussinghoff hat sich mit Entschiedenheit dagegen ausgesprochen, das Gesetz über die Zuwanderung ausländischer Mitbürger zum Wahlkampfthema zu erheben. Dies wäre nicht nur ein Spiel mit dem Feuer, da dadurch auch Gruppierungen auf dem äußersten rechten Parteienspektrum auf den

Plan gerufen würden, dies gehe auch eindeutig zu Lasten der Zuwanderer und Flüchtlinge zum gegenwärtigen Zeitpunkt. „Die dringend notwendigen Entscheidungen sollten nicht im parteipolitischen Gerangel erdrückt werden“, so Mussinghoff. ◀

„Bündelung von Ressourcen“

Regionaler Caritasverband übernimmt Beratungsstelle Migrationsdienste

„Die Caritas verfügt mit den verschiedenen Fachdiensten für Arbeitsmigranten, Flüchtlinge und Spätaussiedler über ein hervorragendes Angebot, auf die soziale Situation von Migranten eingehen zu können und auch die zu erwartenden gesetzlichen Anforderungen an Integrationsarbeit erfüllen zu können.“

Mit diesen Worten leitete Diözesan-Caritasdirektor Burkard Schröders im Februar in Krefeld die Übergabe der Trägerschaft des Migrationsdienstes vom Caritasverband für das Bistum Aachen auf den Regionalen Caritasverband in Krefeld ein. Schröders weiter: „Die Bündelung von Kompetenzen und Ressourcen sind ein Grund, die Trennung der Trägerschaft bei

den verschiedenen Migrationsdiensten aufzuheben. Das erscheint sinnvoll, ist doch die Nähe zur Politik und Verwaltung für ein gutes Gelingen von Integrationsarbeit wichtig.“

Der Caritasverband für das Bistum Aachen übergibt eine gut funktionierende Beratungsstelle mit einem engagierten und kompetenten Team. Schröders bedankte sich bei den Mitarbeitern der Migrationsdienste und gab der Hoffnung Ausdruck, dass sich die bisher getrennten Migrationsfachdienste in Krefeld zu einem öffentlich anerkannten Kompetenz- und Dienstleistungszentrum entwickeln werden und dass der Regionale Caritasverband den Beraterinnen und Beratern dabei die nötige Unterstützung gebe. ◀ *Gerd Schnitzler*

Ehrungen

Für ihre caritative Tätigkeit hat folgende Person das **Goldene Ehrenzeichen** des Deutschen Caritasverbandes erhalten:

am 19. April 2002 **Clementine Louven**, Haus Hörn, Aachen.

Für ihre caritative Tätigkeit haben folgende Personen das **Silberne Ehrenzeichen** des Deutschen Caritasverbandes erhalten:

am 26. März 2002 **Josefa Bardenhewer**, kath. Pfarrgemeinde St. Mauri, Jülich-Bourheim;

am 10. April 2002 **Elisabeth Spennes**, St.-Antonius-Hospital, Eschweiler;

am 15. April 2002 **Anna Möllenbeck**, kath. Kirchengemeinde St. Marien, Viersen-Hamm;

am 16. April 2002 **Helga Ungerat**, Caritasverband für das Bistum Aachen;

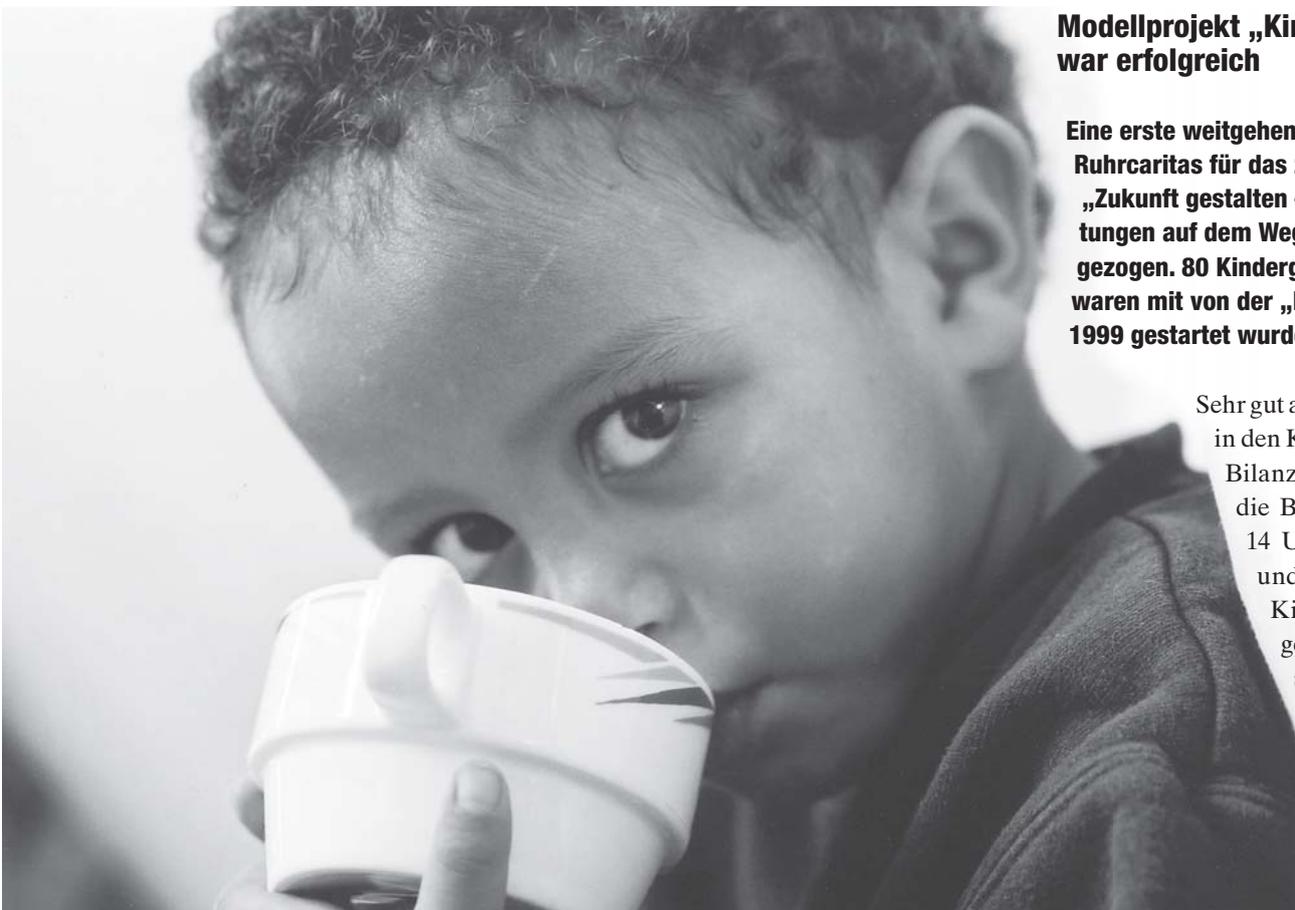
am 22. April 2002 **Bernd Bogert**, **Agnes Dümmler** und **Maria Nieren**, alle Alten- und Pflegeheim „Haus Berg“, Hückelhoven;

am 23. April 2002 **Annette Evertz-Schulz**, Caritaspflegestation Eschweiler; **Maria-Alice Stormanns**, Caritasverband für die Regionen Aachen-Stadt und -Land;

am 24. April 2002 **Josefine Reiners**, kath. Kirchengemeinde St. Johannes, Willich-Anrath.



Mittagstisch schmeckt allen



Modellprojekt „Kindergarten der Zukunft“ war erfolgreich

Eine erste weitgehend positive Bilanz hat die Ruhr Caritas für das zu Ende gehende Projekt „Zukunft gestalten – katholische Tageseinrichtungen auf dem Weg ins neue Jahrtausend“ gezogen. 80 Kindergärten allein im Ruhrbistum waren mit von der „Modell-Partie“, die im August 1999 gestartet wurde.

Sehr gut angenommen wurden demnach in den Kindergärten nach einer ersten Bilanz die Mittagsmahlzeiten sowie die Blocköffnungszeiten von 7 bis 14 Uhr. Auch eine stundenweise und von Pausen unterbrochene Kinderbetreuung in Zeitkontingenten bis zum Nachmittag, die sich ganz am Bedarf der Eltern ausrichtete, kam an. Geprüft werden müssten die zusätzlichen Kosten sowie die höhere Arbeitsbelastung der Erzieherinnen. Wichtig sei, dass sich nicht nur besser verdienende Eltern Mittagstisch

*Auch der kleine Ben hatte mächtig Spaß am neuen Mittagstisch im Kindergarten – vor allem an seinem Kakao.
Foto: DICV*

*Zufrieden mit der ersten Bilanz. Unser Foto zeigt v. l.: Generalvikar Dieter Schümmelfeder, Prof. Dr. Bruno Nikles, Caritasdirektor Andreas Meiwes sowie Dorette Lotzwy, Abteilungsleiterin Kinderhilfe bei der Ruhr Caritas.
Foto: Christoph Grätz*

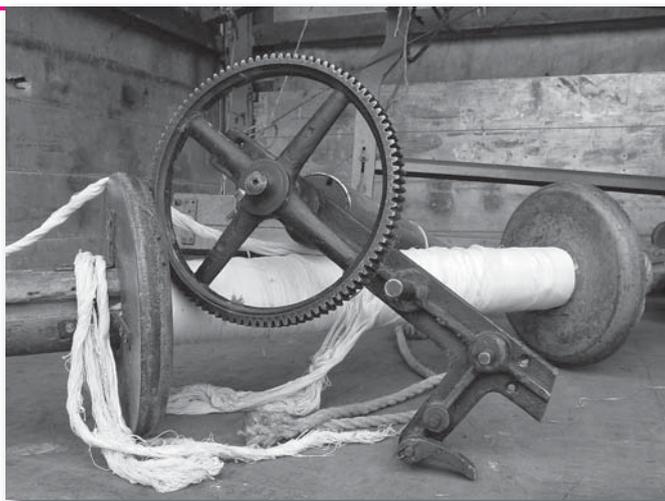


tisch und Mittagbetreuung leisten könnten, sozial Schwache aber in die Röhre guckten.

Wissenschaftlich begleitet wurde das Projekt von Professor Dr. Bruno Nikles vom Institut für Sozialforschung und Organisationsentwicklung in Essen. Sein erstes Fazit: „Die Qualität der Arbeit in den beteiligten Einrichtungen hat sich deutlich konstruktiv verändert.“ Es habe sich jedoch auch gezeigt, dass ohne weiteres (neues) Personal nicht alles Gewünschte machbar sei. Nikles warnte vor dem Hintergrund der PISA-Studie davor, Kindergärten zu reinen Vorschulen zu machen und somit die Vermittlung sozialer Kompetenz zu vernachlässigen.

Sauer war die Ruhr Caritas über das Vorpreschen des Landes. Die neuen NRW-Bestimmungen zur Kinderbetreuung in Tageseinrichtungen enthielten viele Elemente des Modellprojekts, dessen konkrete Ergebnisse man in Düsseldorf ruhig habe abwarten können. ◀

Lebenszeichen „Babyfenster“



Eröffnung in Gelsenkirchen: Hilfe für Mütter in Not

Die Idee entstand seinerzeit in Hamburg, inzwischen haben rund 50 Städte nachgezogen: Das „Babyfenster“ soll Müttern den allerletzten Ausweg, ihr Neugeborenes anonym unterzubringen, erleichtern. Jetzt wurde im Kinderhaus in Ückendorf (Gelsenkirchen) ein weiteres Lebenszeichen, auch „Babyklappe“ genannt, gesetzt.

Die Klappe öffnet sich auf Knopfdruck. Die Mutter legt ihr Kind in ein Wärme-Bettchen, und das Fenster schließt sich. Im Kinderhaus kümmern sich Mitarbeiter

von Caritas und dem Sozialdienst katholischer Frauen um das Kind und veranlassen die Einlieferung ins Marienhospital. Im Babyfenster liegt übrigens auch ein Brief, mit dem auf Deutsch und Türkisch der Mutter Hilfs- und Ansprechpartner genannt werden. Im Ruhrbistum hat das Essener „Babyfenster“ im Haus Nazareth jüngst eine positive Ein-Jahres-Bilanz gezo-gen: Es wurde kein Kind abgegeben, aber vier Frauen haben sich über die Internet-Seite des „Fensters“ be-raten lassen. ◀

Wolle für Kosovo-Roma

Zwei große Webstühle, eine Tonne Wolle, Geschirr, Tische, Stühle, Schränke – mit diesen nützlichen Alltagsutensilien ist jetzt das neue Roma-Begegnungs- und Dienstleistungszentrum in Prizren (Kosovo) ausgestattet. Die beiden Webstühle stammen aus den Werkstätten des Essener Franz-Sales-Hauses, die das Arbeitsamt im Rahmen vom „Essener Konsens“ nebst Wolle für die Auslandshilfe gestiftet hatte. Das Zentrum in Prizren hatte die Arbeitsgruppe Entwicklung und Fachkräfte in Berlin, ein langjähriger Kooperationspartner der Ruhrcaritas, aufgebaut.

Menschen in der Caritas

Nach sechsjähriger Amtszeit wurde der Caritasrat in Bottrop neu gewählt. Aus den Pfarrgemeinden kommen: **Marianne Ertz, Josefine Leye, Ingeborg Gessner, Hildegard Kolek, Lore Wiesel** und **Franziska Mattedi**. Als Vertreter der Fachverbände und korporativen Mitglieder wurden gewählt: **Edith Schuster-Kempken, Anne Schmitt** und **Erika Niggemeier**. Für die Caritas- und Elisabethkonferenzen wurde **Bernadette Berger** und für das Sozialwerk St. Johannes, Kirchhellen, **Irmgard Vennemann** in den Caritasrat gewählt. Die beiden katholischen Krankenhäuser in Bottrop vertritt **Hermann Müller** vom St.-Antonius-Krankenhaus in Kirchhellen.

Nach 38 Jahren im Dienst der Caritas Gelsenkirchen wurde der gebürtige Spanier **Juan Tamajo** Anfang dieses Jahres in Essen-Werden in den Vorruhestand verabschiedet. Abteilungsleiter **Hans Wawrzyniak** würdigte den Spanier mit deutschem Pass als hoch geschätzten Mitarbeiter: „38 Jahre war Juan Tamajo als Sozialberater für Spanier bei der Caritas im Ruhrbistum tätig – eine kleine Ewigkeit.“

Dorothee Renzel-Walter heißt die neue Vorsitzende im Sozialdienst Katholischer Frauen und Männer (SKFM) in Mülheim. Die 31-jährige Mutter zweier Kinder arbeitet hauptberuflich als Journalistin und ist stellvertretende Pressesprecherin im Bistum Essen.

80 freiwillige Helferinnen aus den Kirchengemeinden im Bereich Bochum-Ost wurden jüngst von **Pater Andreas Wüller** sowie von **Felicitas Erlenbruch**, Vorsitzende der Caritas-Konferenzen in Bochum, mit dem Elisabeth-Kreuz als Dank und Anerkennung für mindestens 20-jährige ehrenamtliche Gemeindearbeit ausgezeichnet.

In der Caritas-Sozialstation in Wattenscheid (und damit in seinem Wahlkreis) überzeugte sich jüngst **MdL Ewald Groth** (Die Grünen) davon, dass die Rahmenbedingungen der Pflegeversicherung dringend verbessert werden müssen. Pflegedienstleiterin **Marlies Schwert**: „Wir erwarten mehr Ehrlichkeit der Kranken- und Pflegekassen zu den Pflegediensten.“



*Ehrenamtliche Hilfe hat viele Gesichter –
junge wie alte, private wie institutionalisierte.*

Foto: DICV

Es ist ziemlich genau vier Jahre her, dass die örtliche Caritas in Bochum das Freiwilligen-Zentrum (FWZ) gründete – in enger Kooperation mit der Stadt und anderen Wohlfahrtsverbänden. Mittlerweile sind 111 „Partner“ aus den Bereichen Soziales, Kultur, Ökologie, Sport und Jugend eng mit dem FWZ verbunden.

Neben Beratungs- und Vermittlungsgesprächen hat das Zentrum vor allem eine politische Aufgabe: das Ehrenamt bzw. die Freiwilligenarbeit in der Gesellschaft zu etablieren. „Das ist gar nicht so schwierig, denn das Interesse in der Bevölkerung ist da“, berichtet Zentrumsleiter Thomas Quinting, der auch weiß, dass ehrenamtliches Engagement heute anders funktioniert als noch vor 20 Jahren. Nicht selbstlose Aufopferung, sondern klar umrissene Aufgaben mit eindeutigen zeitlichen Vorgaben zeichneten die Freiwilligenarbeit heute aus. Quinting: „Das Ehrenamt wird professioneller gehandhabt.“ Dies gelte sowohl für die Nachbarschaftshilfe oder den freiwilligen Dienst im Sterbehospiz als auch für die Arbeit im Tierschutzverein oder im Eisenbahnmuseum.

Nach dreijähriger Projektphase, in der die Anschubfinanzierung des Zentrums besonders durch die Glücksspirale erfolgte, sitzt heute die Stadt sowie AWO, Diakonie und Rotes Kreuz finanziell mit im Boot. Einrichtungen, die Freiwillige suchen, können sich an das FWZ wenden unter Tel. 02 34/3 25 56-02 oder -04. Infos gibt's auch im Internet unter www.freiwilligenzentrum-bochum.de ◀

111 Partner fürs Ehrenamt

Freiwilligen-Zentrum in Bochum ist im fünften Jahr erfolgreich

„Die Demokratie lebt vom Ehrenamt.“ Theodor Heuss, der erste Bundespräsident der noch jungen Bundesrepublik, hat dies vor vielen Jahren gesagt. Seine Worte haben bis heute nichts von ihrer Gültigkeit verloren. Im Gegenteil: Das freiwillige soziale Engagement ist in der heutigen hektischen und schnelllebigen Zeit wichtiger denn je. In Bochum gibt es dafür ein gutes Beispiel.

Sterben mit Würde

Neue Weiterbildung zur Palliativ-Pflege

Die erste landesweite Weiterbildung der Caritas zur Palliativ-Pflege hat ein so starkes Echo erfahren, dass sie noch in diesem Jahr erneut angeboten wird. Dieses Mal sind vor allem Mitarbeiter in Altenheimen, Sozialstationen, Krankenhäusern und Hospizen angesprochen. Kern-Lernziel sind Antworten auf die Frage, wie ein würdevolles Sterben bei unheilbar kranken Menschen ermöglicht werden kann. Auch die Notwendigkeit, ein Netzwerk in der Sterbebegleitung aufzubauen, wird diskutiert. Infos: Elisabeth Frigger, Ruhr Caritas in Essen, Tel. 02 01/8 10-28 40. ◀

AG Wohlfahrt tritt an

Die AG Wohlfahrt der fünf in der Stadt Oberhausen vertretenen Freien Wohlfahrtsverbände hat sich konstituiert. „An erster Stelle haben wir die Mitgestaltung der ‚sozialen Stadt Oberhausen‘ im Blick“, gab Caritasdirektor Werner Groß-Mühlenbruch die gemeinsame Marschrichtung vor. Zu allen aktuellen Schwerpunktproblemen (u. a. ambulante Pflege) der AG, die sich auch als Partner von Politik und Verwaltung sieht, sollen Arbeitskreise gebildet werden.



Aids-Beratung sehr aktiv

Die Aids-Beratung der Caritas im Ruhrbistum ist weiterhin sehr aktiv. So wurden im vergangenen Jahr bei 64 Schulungsveranstaltungen, Pflegefortbildungen, Informationstagen für Jugendgruppen und Erwachsene sowie bei Großereignissen insgesamt 5199 Personen direkt angesprochen. Für über 2000 Klienten wurde mit Behörden, Kliniken und anderen Einrichtungen Kon-

takt aufgenommen, zusätzlich zu fast 5000 übrigen Klientenkontakten. Insgesamt 143 Klienten wurden dauerhaft betreut, 27 davon waren Neuaufnahmen im vergangenen Jahr, sieben Patienten sind verstorben, und bei 43 Klienten wurde die Betreuung beendet. 176 Menschen suchten eine anonyme Beratung per Telefon. Erfreulich: Erstmals seit langer Zeit konnten wieder neue ehrenamtliche Mitarbeiter/innen für die Aids-Hilfe gewonnen werden. ◀

Caritas vor Ort

Foto: Christoph Grütz



Hattingen. Die Modellabteilung „Naturheilkunde“ der katholischen Klinik Blankenstein in Hattingen bietet erstmals eine bundesweite Fortbildung für Pflegekräfte in Naturheilverfahren (unser Foto: die Lichttherapie) an. Der Kurs läuft bereits, soll aber bei entsprechendem Interesse auch wiederholt werden.

Gelsenkirchen. Armut und Arbeitslosigkeit lassen immer mehr Menschen zu Drogen greifen. Das hat die Psychosoziale Beratungsstelle der „Schalke-Stadt“ in ihrem Jahresbericht festgestellt. Alkohol vor Heroin und Kokain lautet dabei die Rangfolge der Rausch-Parade. 259 Menschen suchten Hilfe in der Einrichtung.

Oberhausen. Warm ums Herz wurde es vielen Zuhörern beim jüngsten Konzert „Gemeinsam gegen Kälte“, einer Aktion, die 1993 vom Düsseldorfer Cellisten Thomas Beckmann ins Leben gerufen wurde. Der Erlös des Konzerts in der Lutherkirche ging an die Bahnhofsmision. Gekauft werden kann auch eine Live-CD vom letztjährigen Abschlusskonzert der Aktion in der Berliner Philharmonie (15 Euro).

Infos: Caritas Oberhausen, Tel. 02 08 / 8 80 66-3 41.

Essen. Weiter sehr begehrt ist die Fachpflegeweiterbildung, die die Ruhrcaritas seit nunmehr über zehn Jahren anbietet. Jüngst erhielten wieder 32 Pflegekräfte im Fortbildungszentrum in Essen-Werden ihre Zertifikate zum Abschluss der Fachpflegelehrgänge Psychiatrie/Gerontologie. Die Absolventen dieser Fachpflege-Ausbildung sind gefragt, ihre Berufschancen gelten als sehr gut.

Hattingen. Seinen Praxistest bestanden hat in der Suchtvorsorge das Caritas-Märchenmobil des Kreisdekanats Hattingen-Schwelm: Auf dem Gelände des Kindergartens St. Christopherus der Pfarrei St. Peter und Paul kam der zum Spielmobil liebevoll umgebaute Bauwagen erstmals zum Einsatz.

Gladbeck. Jubiläum in Gladbeck: Genau 428 Suchtgefährdete suchten 2001 in der Psychosoziale Beratungsstelle (PSB) der Caritas freiwillig um Rat und Hilfe und um Auswege aus ihrer Sucht nach. Für rund 150 Kranke konnte eine Behandlung für mehrere Monate erreicht werden, gab die PSB jetzt bekannt, die in diesem Jahr ihr 30-jähriges Bestehen „feiert“.

Essen. Mit über 80 Prozent war Raum 58, die erste Not-schlafstelle für Kinder und Jugendliche in Essen, durchschnittlich im ersten Jahr seines Bestehens ausgelastet. Über 1000 „Straßenkinder“ fanden hier ein Bett, eine Dusche und Essen und Trinken. Das Projekt wird getragen vom Sozialdienst katholischer Frauen und vom CVJM-Sozialwerk.

Essen. Mit einer Feierstunde, einem Solidaritätslauf für ein Schul-Projekt in Afghanistan sowie einem Tag der offenen Tür feierte das katholische Berufskolleg in Essen-Werden jüngst seinen 40. Geburtstag. Vor allem Erzieher/innen werden seit 1962 in der ursprünglich „Frauenfachschule für Kindergärtnerinnen und Hortnerinnen“ genannten Einrichtung berufsbegleitend ausgebildet.

Essen. 17 Monate hatten sie gepaukt, die 17 Mitarbeiter aus Caritasverbänden und Kirchengemeinden des Ruhrbistums: Jetzt sind sie erlöst. Für das Fortbildungs-Büffeln theoretischer Grundlagen in prozess- und ergebnisorientierter Kontakt- und Gesprächsführung, in Projektarbeit, Planung, Kooperation oder auch Dokumentation gab es jetzt die begehrten Zertifikate.



Köln

Kultur als Brücke zu den Menschen

Caritas Köln geht neue Wege in der Kommunikation

Von Dagmar Gabrio

Die Anforderungen des Marktes verändern sich, und auch traditionelle Träger wie die Caritas müssen sich im Wettbewerb mit anderen Anbietern von Sozialdienstleistungen immer wieder neu positionieren. Vielfältige Möglichkeiten dazu bietet die Kultur. Das hat sich jetzt auch der Kölner Caritasverband zu Nutze macht.

Mit seinem „Caritas Kulturforum“ will der Verband die Arbeit seiner Einrichtungen und Fachbereiche vorstellen und den Besuchern soziale und caritative Themen näher bringen. Dabei ist der kulturelle Bogen weit gespannt und reicht von Konzerten über Lesungen und Ausstellungen bis hin zum Kabarett. Beispielsweise in der jüngsten Veranstaltung zum Thema Integration und Zuwanderung, in der das Theater Türkis mit seinem Programm „Weiß’ du? Kofferkinder packen aus“ rasant und rasend komisch einen kritischen Blick auf Deutschland als Einwanderungsland warf. Auch beim nächsten Kulturforum scheut sich die Caritas nicht vor „heißen Eisen“: Am 26. September 2002 behandeln verschiedene Künstler das Thema „(Über-)leben auf der Straße“.

Einmischen in sozialpolitische Debatten und Farbe bekennen will die Caritas zudem mit dem Diskussionsforum „Caritas im Gespräch“. So diskutierten unlängst bei der vierten Veranstaltung dieser Reihe Experten und Betroffene über die Frage „Sozialhilfe – Hilfsnetz oder Fass ohne Boden?“. Vorangegangen waren Gespräche über Bürgernähe und neues Ehrenamt, Sterbebegleitung und neue Perspektiven für die Caritasarbeit in Köln. Im Dialog bleiben durch bessere und schnellere Information sowie mehr Bürgernähe sind weitere Ziele des Caritas-Kommunikationskonzeptes. Für die Kunden zeigt sich das beispielsweise in einer völlig neu gestalteten Homepage des Verbandes (www.caritas-koeln.de) und der Einrichtung eines hauseigenen Call-Centers, das die Vermittlung von Hilfe aus einer Hand anbietet. ◀

Erste Annäherungen zwischen den Deus und den Tüs – Kabarett des Theaters Türkis zum Thema Integration und Zuwanderung auf dem „Caritas Kulturforum“

Foto: Gabrio



NOTEINGANG



Wir bieten Schutz vor rassistischen Übergriffen!
We provide protection against racist attacks!
Irkcı Saldırıya karşı sizi koruyoruz!
Nous vous protégeons face aux attaques racistes!

Aktion Noteingang

Die grellfarbigen Aufkleber an Schaufenster und Eingangstüren von Geschäften, Gaststätten und öffentlichen Einrichtungen sind die auffälligsten Elemente der „Aktion Noteingang“ der Caritas Rheinberg. „Wir bieten Schutz vor rassistischen Übergriffen“ steht dort in mehreren Sprachen zu lesen. Mit dieser aus Ostdeutschland stammenden Idee sollen Zeichen gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit gesetzt werden.

Informationen und Aufkleber: Caritas-Migrationsdienst, Tel. 0 22 02 / 10 08-3 04 / -3 13, Aktion-Noteingang@caritas-rheinberg.de



Familie wichtigste Erziehungsinstanz

11. Jugendbericht hat konkrete Auswirkungen auf die Kinder- und Jugendhilfe der Caritas



Professor Karin Böllert, Erziehungswissenschaftlerin von der Universität Münster

Weiterhin stellt die Familie die wichtigste Erziehungsinstanz in der Gesellschaft dar. Davon ist Karin Böllert überzeugt. Aber mehr denn je bedürfe sie der öffentlichen Stärkung, Unterstützung und Ergänzung.

Als Mitglied der siebenköpfigen Sachverständigenkommission stellte die Münsteraner Erziehungswissenschaftlerin im Diözesan-Caritasverband Köln den 11. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung vor und erläuterte dessen Schwerpunkte. Die Kommission fordert aufgrund der Analyse der unterschiedlichen Lebenslagen von jungen Menschen in Deutschland ein neues Verständnis von öffentlicher Verantwortung für das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen und entwickelt Empfehlungen für die Kinder- und Jugendhilfe im 21. Jahrhundert. Auch die Caritas wird die Vorschläge des 11. Kinder- und Jugendberichtes aufnehmen. Entsprechend den sich wandelnden Lebenslagen und Lebenswelten

von Kindern und Familien wird sie ihre Kinder- und Jugendhilfe umgestalten und sich mit neuen und neu ausgerichteten Diensten und Einrichtungen am Bedarf der Menschen vor Ort orientieren.

Doch es geht nicht nur um die Qualifizierung eigener Dienste und Einrichtungen. Die Caritas möchte verstärkt Beiträge zu einer kinder- und familienfreundlichen Politik leisten. Dazu soll vor allem die kommunale Jugendhilfeplanung gefördert und die Mitarbeit in den kommunalen Jugendhilfeausschüssen weiter profiliert werden. Die von der Kommission eigens betonte Partnerschaftlichkeit von öffentlichen und freien Trägern muss in den Jugendhilfeausschüssen genutzt werden für eine machtvolle politische Lobby für junge Menschen und ihre Familien. ◀

Harald E. Gersfeld

Pastoral für Menschen mit Behinderung

Arbeitsstelle der Deutschen Bischofskonferenz aufgestockt

Köln. Mit mehr Personal als in der Vergangenheit wollen die deutschen Bischöfe künftig die pastorale Arbeit für Menschen mit Behinderung unterstützen. Angesiedelt ist die neue Arbeitsstelle der Deutschen Bischofskonferenz im Kölner Generalvikariat. Die Stelle habe das Ziel, Defizite in der Behindertenseelsorge abzubauen, so der Leiter, Pfarrer Dr. Hermann-Josef Reuther.

Infos: Tel. 02 21 / 2 72 20 90-0
www.behindertenpastoral-dbk.de

ter des Hauses, das Konzept. Meist hätten die Kranken schon einige Therapien hinter sich. Hauptgründe des Scheiterns seien immer wieder das Fehlen von Beziehungen und Arbeit.

Beides bietet das Haus „Horizont“. So gehören Arbeits- und Beschäftigungstherapie, beispielsweise die Gestaltung des Gartens, ebenso zum Programm der Bewohner, wie sich gemeinsam mit zwei Hauswirtschafterinnen um die Mahlzeiten zu kümmern. In Zukunft soll das Arbeitstherapieangebot auch auf Möglichkeiten außerhalb von Haus „Horizont“ erweitert werden, damit die Bewohner leichter ihren Weg zurück ins „normale“ Leben finden. ◀

Albert Hovestädt

Klarer Blick in Haus „Horizont“



Kardinal Meisner und der Leiter des Hauses „Horizont“, Christoph Winterhoff

Kardinal Meisner segnete Caritas-Wohnhaus für chronisch Suchtkranke ein

„Bevor ich hier einzog, habe ich drei Liter Korn am Tag getrunken. Weder mein Verstand noch mein Körper funktionierten noch.“ Eine Bewohnerin von Haus „Horizont“ beschreibt eindrucksvoll ihre Situation: „Das Gefühl, wieder jemand zu sein, haben wir dieser Einrichtung zu verdanken.“

Drei Jahre hatte es gedauert von der Idee bis zur Fertigstellung, rund eine Million Euro Baukosten waren nötig: In der Scheidtbachstraße in Gladbach öffnete Haus „Horizont“, ein neues Wohnhaus für chronisch Suchtkranke, seine Pforten. Zum einjährigen Bestehen segnete Kardinal Joachim Meisner jetzt die Einrichtung ein. Ziel sei es, den momentan zwölf Männern und fünf Frauen eine geregelte Tagesstruktur vorzugeben und sie darin zu unterstützen, ihre eigenen Fähigkeiten wieder zu finden, erläutert Christoph Winterhoff, Lei-



Per Mausklick zum nächsten Kindergarten

Schon mehr als 250 katholische Einrichtungen im World Wide Web

Köln. Nach welchem pädagogischen und pastoralen Konzept arbeitet der Kindergarten? Wie ist die Anbindung an die Pfarrgemeinde? Wie viele Plätze und welche Öffnungszeiten hat die Tageseinrichtung, wann kann ich mir den Kindergarten anschauen? Diese und noch mehr Fragen haben Eltern, die einen Platz für ihren Nachwuchs suchen. Antworten gibt es jetzt für über 250 katholische Tageseinrichtungen im Erzbistum Köln auch über das Internet. Eltern haben Zugang zu den Informationen über die Adresse www.katholische-kindergaerten.de. Diese Website, die ständig erweitert wird, listet bereits jetzt alle Einrichtungen im Erzbistum Köln nach Regionen auf. Zudem gibt es unter die-

ser Adresse allgemeine Informationen zum Angebot der katholischen Tageseinrichtungen im Erzbistum Köln, zum Statut der Einrichtungen, zu Elternbeiträgen und Möglichkeiten der Eltern-Mitwirkung. Auch die jeweils aktuelle Ausgabe des Informationsdienstes „Kompakt“ der Abteilung Tageseinrichtungen für Kinder im Diözesan-Caritasverband kann abgerufen werden.

Weitere Informationen: Diözesan-Caritasverband, Abt. Tageseinrichtungen für Kinder, Markus Linden-Lützenkirchen, Telefon 02 21 / 20 10-2 75, Mail: markus.linden-luetzenkirchen@caritasnet.de ◀

Bonn. 96 Prozent beträgt die durchschnittliche Auslastung der Radstation am Bonner Hauptbahnhof. Damit steht die vom Caritasverband getragene Einrichtung an der Spitze der derzeit 33 Radstationen in Nordrhein-Westfalen. Zu diesem Ergebnis kam der Allgemeine Deutsche Fahrradklub (ADFC) in einer Untersuchung. Auch auf anderem Gebiet präsentiert die Station gute Ergebnisse: Seit der Eröffnung im Juni 2000 konnten mehr als 20 schwer vermittelbare junge Arbeitslose, die hier, gefördert vom Arbeitsamt, eine begrenzte Anstellung erhalten hatten, in Ausbildung und Arbeit weitervermittelt werden.

Caritas-Kreisgeschäftsstelle in neuem Gewand

Umbau und Renovierung abgeschlossen



Hürth. Mit einer völlig neu gestalteten Fassade präsentiert sich die renovierte Kreisgeschäftsstelle der Caritas in Hürth ihren Besuchern. Wasser-

schäden, defekte Fenster und andere bauliche Mängel hatten den Umbau notwendig gemacht. Seit Mai 2000 wurde das Bürogebäude renoviert und erweitert. Die Gesamtkosten betragen rund 2,5 Millionen Mark, von denen, so Caritas-Direktor Arnold Biciste, das Bistum „einen beachtlichen Teil“ übernommen hat. In einem zusätzlichen Stockwerk, das auf die Geschäftsstelle gesetzt wurde, werden in Zukunft Schüler des Fachseminars für Altenpflege, „Jakob-Sonntag-Schule“, auf ihren Beruf vorbereitet. ◀

Café Ausblick bietet neue Perspektiven

Neusser Caritas erweitert Hilfsangebot für sozial Benachteiligte

Café Ausblick heißt das neue Herzstück der Fachberatungs- und Kontaktstelle für allein stehende Wohnungslose der Caritas für das Stadtdekanat Neuss. Und der Name ist hier Programm: Perspektiven, Motivation, Beratung und Informationen will das Team vermitteln.

Das Angebot richtet sich an Menschen, die ihre Wohnung oder ihren Lebensunterhalt durch Arbeitslosigkeit, Schulden oder andere persönliche Schwierigkeiten gefährdet sehen. Im frisch renovierten Café bietet sich bei Mahlzeiten zum Selbstkostenpreis die Gelegenheit, Kontakte zu anderen Betroffenen oder den Mitarbeitern zu knüpfen. Beratung, Begleitung und Hilfe bei Wohnungs- und Arbeitssuche oder Behördengängen können in Anspruch genommen werden. Aber auch ganz praktische Hilfsmittel wie Duschen oder Waschmaschinen stehen zur Verfügung. Möglich wurde die grundlegende Umgestaltung der einstigen Wohnungsnotfallhilfe in der Neusser Hochstraße durch die Förderung des Kreises und der Stadt Neuss sowie des Diözesan-Caritasverbandes für das Erzbistum Köln. ◀



Küchenchefin Birgit Lambertz versorgt die Besucher im neuen Café Ausblick.



Caritas-Telegramm

Düsseldorf. Eine umfassende Fortbildung für nicht-examinierte Pflegekräfte aus den stationären Altenhilfeeinrichtungen und ambulanten Pflegediensten hat die Caritas für Düsseldorf jetzt erstmals angeboten. Neben Schwerpunktthemen aus der Alten- und Krankenpflege wurden Fragen der Kommunikation, der Krankheitslehre, der Qualitätssicherung sowie der Organisation und Dokumentation berücksichtigt. Ein dreitägiges Seminar zum Thema Sterben, Tod und Trauer rundete die Fortbildungsmaßnahme ab.

Lohmar. Einen Kooperationsvertrag für das neue Lohmarer Büro des Freiwilligen-Zentrums Siegburg unterzeichneten Caritas-Geschäftsführer Bernhard Wächter und Diakonie-Geschäftsführer Jürgen Schweitzer. Freiwilligen-Agenturen fungieren nach amerikanischem Vorbild als Vermittler zwischen Hilfeanbietern und Hilfenutzern. Den Umfang des Engagements bestimmt jeder Bürger selbst. Weitere Informationen: Bürger-Aktiv-Büro Lohmar, Telefon: 0 22 46 / 15-1 16 oder 15-129.

Erftkreis. Über den Caritasverband im Erftkreis als neuen Arbeitgeber können sich jetzt die 33 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Alten- und Pflegeheimes „Christinapark“ in Pulheim-Stommeln freuen. Nachdem der vorherige Betreiber Konkurs anmelden musste, gab es zunächst wenig Hoffnung für das Heim, bis sich der kirchliche Sozialverband engagierte, um sowohl den wirtschaftlichen als auch den pflegerischen Erfolg der Einrichtung sicherzustellen.

Siegburg. Mit finanzieller Unterstützung des SKM – Katholischer Verein für soziale Dienste im Rhein-Sieg-Kreis e.V. wurde jetzt die Gebrüder-Meningen-Stiftung gegründet und der Öffentlichkeit vorgestellt. Zweck der kirchlichen Stiftung ist die finanzielle und ideelle Unterstützung des Sozialpsychiatrischen Zentrums in Meckenheim.

Erkrath. Ein Netzwerk, das als Mittler für Aktivitäten in der Seniorenarbeit fungiert, will der Caritasverband Erkrath jetzt auch in Hochdahl gründen. Zielgruppe sind die „jungen Alten“ ab etwa 50 Jahren, die nach Berufsleben oder Familienphase neue Aufgaben suchen. Das Netzwerk hilft, Interessengruppen zu bilden, die selbst entscheiden, was sie für sich und andere tun wollen.

Menschen in der Caritas

Köln. Die Mitgliederversammlung des Caritasverbandes für die Stadt Köln hat einen neuen Vorstand gewählt. Unter dem Vorsitz von Stadtdechant **Dr. Johannes Westhoff** setzt sich das Gremium aus folgenden Mitgliedern zusammen: **Dorothea Wirtz**, Caritasdirektor **Pfarrer Franz Decker**, Pastor **Dr. Winfried Hamelbeck**, **Günter Kohl**, **Benno Peters** und **Ludger Uhlenküken**.

Erzbistum. Das Kuratorium der CaritasStiftung im Erzbistum Köln ist erweitert worden: Als neues Mitglied hat das Kuratorium der Stiftung jetzt **Philipp M. Laufenberg** aus Köln gewählt. Laufenberg, Inhaber der Likörfabrik Laufenberg & Hoosmans GmbH, ist seit 1981 Vorsitzender der Kölner Diözesangruppe des Bundes Katholischer Unternehmer e.V. (BKU). Eine Änderung gab es auch im Vorstand der Stiftung: **Benno Peters** aus Köln wurde vom Kuratorium der Stiftung zum neuen Vorstandsmitglied gewählt. Peters war lange Jahre bei der Dresdner Bank im Bereich des Privatkundengeschäfts tätig. Er tritt die Nachfolge von **Bernhard Inden** an, der im vergangenen Jahr aus dem Stiftungsvorstand ausgeschieden war.

Neuer Geschäftsführer des Sankt-Josef-Zentrums für Orthopädie und Rheumatologie in Wuppertal ist **Ralf H. Nennhaus**. Der 41-jährige Diplom-Kaufmann tritt die Nachfolge von Verwaltungsdirektor Josef Maaßen an, dessen 16-jährige Amtszeit am 31. August 2002 endet.



Goldene Ehrennadeln erhielten für 25 und mehr Jahre Mitarbeit in verschiedenen Einrichtungen der Caritas: **Hannelore Wüsten** für 40-jährige Tätigkeit im Eduardus-Krankenhaus, Köln; **Brigitte Thieme** für 25-jährige Mitarbeit beim Sankt-Josef-Zentrum für Orthopädie und Rheumatologie in Wuppertal; **Herbert Stilz** für 30-jährige Mitarbeit beim Caritasverband für den Erftkreis; **Maria Fedler** für langjähriges Engagement in der Gemeindecaritas von St. Raphael in Wuppertal-Langerfeld; **Johannes Hüßon** und **Alfred Tonn** für 40-jähriges ehrenamtliches Engagement in der Ortsgruppe Eitdorf e.V. des Sozialdienstes Katholischer Frauen und Männer.



Neue Formen sozialer Beratung



*Fantasievoll stellen die Verbände ihre Projekte im Rahmen der Caritas Sozialberatung vor, der KSD Hamm beispielsweise als olympische Disziplin. Das Foto zeigt die KSD-Mitarbeiter und rechts Dr. Ulrich Thien, verantwortlich für CSB im Diözesan-Caritasverband Münster.
Foto: Westbeld*

Ziele: Kundenfreundlicher und serviceorientiert

Kein Fall ist wie der andere und das Problem, mit dem ein Rat Suchender zur Caritas kommt, oft nur die Fassade der ursächlichen Not. Um dies aufzufangen, haben sich in den letzten Jahrzehnten immer neue spezielle Dienste in der sozialen Arbeit gebildet. Diese will die Caritas jetzt in der Caritas Sozialberatung (CSB) vernetzen.

Lobbystelle für Jugendliche

Fonds wird aus Spendengeldern gespeist

Die Arbeitsgemeinschaft Erziehungshilfe der Caritas (AGE) in der Diözese Münster hat die Einrichtung einer Lobbystelle zur Durchsetzung jugendhilfrechtlicher Ansprüche von Jugendlichen und jungen Erwachsenen beschlossen. Zunehmend werden ihnen Leistungen nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) verweigert. Ein Anwalt soll die Jugendlichen und ihre Familien künftig beraten und gegebenenfalls

Verglichen werden kann dies in etwa mit dem „Hausarztprinzip“: Der Hilfe Suchende hat einen Ansprechpartner, der für ihn die Unterstützung der Spezialisten organisiert. Über zwei Jahre wird diese neue Form in fünf Projekten in Hamm, Marl, Gronau, Ibbenbüren und Rheine ausprobiert. Ziel der CSB, die bei Erfolg flächendeckend eingeführt werden soll, ist eine „passgenaue Hilfe“, wie Diözesan-Caritasdirektor Heinz-Josef Kessmann erläutert. Gleichzeitig soll sie effektiver und eventuelle Schwellenängste sollen vermindert werden. Das Interesse an dieser Chance, die das Beratungsangebot der Caritas in der Diözese kundenfreundlich und serviceorientiert weiterentwickeln soll, ist groß. 21 Verbände haben sich beim Diözesan-Caritasverband Münster beworben als Projektstandort. Vor Ort, auch das ist ein wesentlicher Bestandteil der CSB, soll versucht werden, vorhandene Unterstützungsmöglichkeiten wie beispielsweise durch Ehrenamtliche in den Kirchengemeinden zu nutzen. Die Caritas Sozialberatung will im weitesten Sinn günstige Bedingungen schaffen, um sozialen Problemen entgegenzuwirken. Das kann bedeuten, gegebenenfalls bei den städtischen Verkehrsbetrieben auf Fahrplanverbesserungen zu drängen, wenn dies für die Klienten notwendig und sinnvoll ist.

An Ideen mangelt es nicht, aber sie werden sich nicht von heute auf morgen in die Tat umsetzen lassen, denn es gibt einige Hürden, die zu überwinden sind. Finanziert werden von den Kostenträgern derzeit eigentlich nur die Spezialisten – und auch die nur zum Teil. Selbst wenn CSB schließlich eine effektivere Hilfe ermöglichen soll, kostet sie zunächst einmal Zeit und Geld. Mit 410 000 Euro wird der Diözesan-Caritasverband Münster die fünf Projekte in den zwei Jahren unterstützen, aber es müssen zusätzlich eigene Mittel bereitgestellt werden. ◀

gegen die Kostenträger klagen. Für die Kosten wird ein Fonds gegründet, in den die Caritas-Dienste und Einrichtungen per Umlage einzahlen. Diese Beiträge werden ausschließlich aus Spenden getragen. Die Caritas-Einrichtungen können nicht selbst juristisch gegen die Verweigerung von Leistungen vorgehen, sondern dies muss der betroffene Jugendliche beziehungsweise seine Familie selbst tun. Die Zahl der Fälle, in denen Hilfen abgelehnt werden, nimmt angesichts der Finanznot der Kommunen und Kreise zu. ◀



Bocholter Tafel gegründet

Ehrenamtliche Initiative verkauft gespendete Lebensmittel

Die Bocholter Tafel sorgt dafür, dass in Daniels Löwengrube wieder Leben einkehrt. Zehn Jahre stand die Gaststätte leer, jetzt ist hier ein kleiner Laden eingerichtet, in dem an zwei Nachmittagen in der Woche Hochbetrieb herrscht, sogar Nummern für die vor der Tür Wartenden ausgegeben werden.

40 Ehrenamtliche haben sich im Verein Bocholter Tafel zusammengefunden, um Lebensmittelspenden zu sammeln und sie für zehn Prozent des ursprünglichen Werts an bedürftige Menschen zu verkaufen. Die Initiative ging von Marita Degeling aus, Vertrauensfrau der Caritas-Konferenzen in Bocholt und Mitglied im

Dekanatsvorstand. Das Geschäft, das sie als Vorsitzende leitet, boomt seit der Eröffnung im Oktober vergangenen Jahres.

Rund 200 Bocholter Familien und Alleinstehende haben schon die Einkaufsberechtigung erworben. Das bedeutet, dass rund 850 Menschen insgesamt sich zumindest teilweise über die Bocholter Tafel versorgen. Dazu müssen sie nachweisen, dass sie Sozialhilfe beziehen oder ihr Einkommen maximal zehn Prozent über dem Sozialhilfesatz liegt. Anstoß hat das Caritas-Jahresthema „... und die Armen?“ vor zwei Jahren gegeben. ◀

*Andrang herrscht an jedem Verkaufstag im Laden der Bocholter Tafel.
Foto: Westbeld*

Pflege politisch noch für zu leicht befunden

Pflegekammer soll Interessen vertreten

158 000 Mitarbeiter sind ein Pfund, mit dem sich wuchern ließe. Aber mangels Interessenvertretung wird Pflege politisch noch für zu leicht befunden. Eigenverantwortung, Bezahlung und dadurch auch das Ansehen in der Bevölkerung bleiben gering und führen dazu, dass immer weniger junge Menschen einen Pflegeberuf ergreifen wollen. Im Ergebnis bahnt sich bei gleichzeitig steigender Zahl Pflegebedürftiger ein Pflegenotstand an. Nicht das Allheilmittel, aber den

Ansatz zur Lösung sehen die Caritas-Gemeinschaft für Pflege und Sozialberufe in den Diözesen Münster und Osnabrück und der Katholische Berufsverband für Pflegeberufe in der Gründung einer „Pflegekammer“. Notwendigkeit, Perspektiven und den möglichen Weg dorthin diskutierten die Teilnehmer einer Tagung unter dem Titel „Pflegen kann Jeder?“ in Telgte. Mit einer Million Mitarbeitern sind die Gesundheitsberufe der größte Beschäftigungssektor in Nordrhein-Westfalen, die knapp 160 000 Pflegemitarbeiter wiederum die größte Berufsgruppe darin. ◀

*Beruhigt können die Eltern ihre Kinder im Kindergarten St. Marien spielen lassen, denn für eine verlässliche Betreuung zu jeder Zeit ist gesorgt.
Foto: Westbeld*

Kindergarten gewinnt Förderpreis

Vereinbarkeit von Familie und Beruf ernst genommen

Vor 20 Jahren musste die Tagesstätte in St. Marien in Lünen über Mittag geschlossen werden mangels Nachfrage. Die wenigen Kinder, deren Eltern sie nicht abholen konnten, kamen in die Übermittagsbetreuung. Inzwischen hat sich der Bedarf radikal verändert: „40 Prozent unserer Mütter sind berufstätig“, weiß Rosemarie Leismann, Leiterin des St.-Marien-Kindergartens in Lünens Innenstadt. Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen, ist deswegen das große Thema

vieler Eltern. Und des Erzieherinnenteams. Angeregt durch die Ausschreibung eines Förderpreises der Versicherung Continental unter dem Thema „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“, haben Rosemarie Leismann und ihre Mitarbeiterinnen eine umfangreiche Dokumentation zu diesem Thema geschrieben. Das Ergebnis ist belohnt worden, die gut 5 000 Euro Preisgeld fließen nach Lünen und werden hier für eine weitere Entwicklung der Arbeit eingesetzt werden. ◀





Zusätzliche Angebote

Vernetzung im Kindergarten macht auch bei knappen Kassen vieles möglich

Wenn man sie bei jeder Gelegenheit äußert und die Ohren ständig weit offen hält, dann können auch zunächst exotisch erscheinende Wünsche erfüllt werden. Diese Erfahrung hat Evelin Bernsdorff immer wieder gemacht. Dann wird sich auch ein Mensch finden, der kurdisch, türkisch und arabisch spricht und damit Kinder betreuen kann, während ihre Mütter an einem Sprachkurs teilnehmen.

Den Kletterturm mit Rutsche haben Lehrlinge der Sachleben Chemie gebaut – ein weiteres Ergebnis fruchtbarer Vernetzung des St.-Martin-Kindergartens in der Region.

Foto: Harald Westbeld

Für die Leiterin des St.-Martin-Kindergartens in Duisburg-Hochheide und ihre Mitarbeiterinnen ist Wunschäußern und Hinhören das Rezept für eine Vernetzung einer Tageseinrichtung, durch die viele zusätzliche Angebote auch in Zeiten knappen Geldes möglich werden. Die Erfolge haben ihrem Team aus zehn Mitarbeiterinnen eine Einladung zur Bildungsmesse nach Köln eingebracht. Dort stellten sie auf dem Aktionstag ihr Konzept vor.

Die Idee, das soziale Umfeld für den Kindergarten zu nutzen, lag schon eine Weile in der Schublade. Vor fünf Jahren begann die Umsetzung in kleinen Schritten, immer unterstützt von der Kirchengemeinde Liebfrauen als Träger. Evelin Bernsdorff analysierte mit ihren Kolleginnen zunächst das Umfeld. Hochheide hat eine

gemischte Struktur, war mal ein reines Arbeitergebiet, 3 000 von den 17 000 Einwohnern sind Ausländer. Was vor allem sofort auffiel, war, dass rund 40 Prozent der deutschen Kinder Sprachauffälligkeiten zeigten.

Evelin Bernsdorff veranlasste das, auf einer Jugendhilfetagung aufzustehen und in die Runde zu fragen, wer eine Logopädin vermitteln könnte. Das passte zwar nicht ganz zum Thema und führte auch nicht unmittelbar zum Erfolg – aber zum Kontakt zu Ludger Thiesmeier, Leiter der Erziehungsberatung der Caritas in Duisburg. Es hat sich eine fruchtbare Zusammenarbeit daraus entwickelt, berichtet die Trägervertreterin Maria Göbel. Mitarbeiter der Erziehungsberatung kommen in die Tageseinrichtung und stehen Eltern für Fragen zur Verfügung, sie haben mit den Erzieherinnen eine Fortbildung gemacht, und natürlich empfehlen die Gruppenleiterinnen einen Besuch der Beratungsstelle, wenn sie Auffälligkeiten feststellen.

„Wichtig ist, dass man anspricht, was man braucht, egal, wo man ist oder etwas hört“, sagt Evelin Bernsdorff. Wenn sie feststellt, „dass keiner von allein zu uns kommt“, ist das nicht negativ gemeint, denn der Grund dafür ist einfach Unkenntnis darüber, was ein Kindergarten benötigt. ◀

Arbeitsstellen statt Zivildienst

Modellprojekt der Caritas Rheine für die Zeit danach

Die Caritas Rheine probt schon mal für die Zeit nach dem Zivildienst. In einem Modellprojekt werden 18 Arbeitsstellen für Sozialhilfeempfänger geschaffen, die die Lücken in den Reihen der Zivildienstleistenden füllen. Noch verfügt der Verband, mit rund 800 Mitarbeitern der größte in der Diözese Münster, über rund 70 Zivis. Aber die Kürzungen der vergangenen Jahre habe schon dazu geführt, dass zwölf Stellen unbesetzt sind. Würde die Dienstzeit weiter verkürzt, stellt sich

für Geschäftsführerin Irene Reddmann ohnehin die Frage nach dem Sinn: „Bei acht Monaten wäre die Schmerzgrenze sowieso erreicht, die den Einsatz vor allem in den pflegerischen Bereichen nicht mehr vertretbar machen würde.“

Stattdessen haben die Ausbildungsstätten der Caritas Rheine für 15 Monate 18 Arbeitsstellen für Sozialhilfeempfängerinnen, zumeist Alleinerziehende, geschaffen, die ihnen einen Wiedereinstieg in den Beruf ermöglichen sollen. Nach einer Einarbeitung von drei Monaten sollen sie für ein Jahr in Einrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege in der Region Rheine beschäftigt werden. Die Kosten, die den Trägern entstehen, entsprechen denen, die sie für einen Zivi auch zu zahlen hätten. Das Projekt wird bezuschusst aus Sozialhilfemitteln und dem arbeitsmarktpolitischen Förderprogramm der EU. ◀



Caritas-Telegramm

Freckenhorst. Ökologische und sozial korrekte Kartoffeln aus dem Münsterland können Großküchen jetzt kochen. Die Installation einer Kartoffelschälmaschine in einer Zweigeinrichtung der Freckenhorster Werkstätten bietet 15 neue Arbeitsplätze für behinderte Menschen. Verarbeitet wird in diesem gemeinsamen Projekt mit dem Verein „Regionale Landwirtschaft Münsterland“ die „Münsterlandknolle“. Die Anschaffung finanzierte die Katholische Frauengemeinschaft im Bistum Münster mit einer Spende von über 70 000 Euro.

Ahaus/Almelo. Im Oktober starten das Caritas-Bildungswerk Ahaus und das ROC Twente Plus die erste grenzüberschreitende Pflegeausbildung. Je 23 Schüler aus den Niederlanden und Deutschland werden auf ihren Beruf vorbereitet werden. Als erstes Projekt dieser Art in Europa hat die Idee viel Resonanz gefunden. Es ist auf fünf Jahre angelegt und wird von der Euregio gefördert.

Menschen in der Caritas

Der Katholische Sozialdienst Hamm (KSD) trauert um seine Geschäftsführerin. Im Alter von 45 Jahren ist **Lisa Hegemann-Naumann** verstorben. In 20 Jahren hat sie den SkF und SKM zum KSD zusammengeführt und die Angebote des Verbandes weiterentwickelt.

In zehn Kurswochen haben **Veronika Hembrock** (Oelde), **Renate Tidden** (Bocholt) und **Justus Köne-mann** (Tecklenburg) eine Zusatzqualifikation in der Behindertenseelsorge abgeschlossen. Die Urkunden überreichte der Generalvikar des Erzbistums Köln, Dr. Norbert Feldhoff. Der Kurs wurde zum zweiten Mal vom Arbeitskreis Behindertenseelsorge der fünf Bistümer in Nordrhein-Westfalen angeboten.

Zum Abschied wurde **Bernhard Schulze Uphoff** von Diözesan-Caritasdirektor Heinz-Josef Kessmann mit der Goldenen Ehrennadel der Caritas ausgezeichnet. Seit 1990 war er Vorsitzender des Caritasverbandes Borken. Auf der letzten Vertreterversammlung übergab er sein Amt an **Manfred Frericks**.

Für ihr außergewöhnliches Engagement in der Seniorenarbeit sind **Theresia und Anton Sibum** (Münster)

Münster. Der SkF Münster hat sich von Anfang an nicht gescheut, dorthin zu gehen, „wo es wehtut“. Dies hob Münsters Oberbürgermeister Berthold Tillmann anlässlich der Feier zum 100-jährigen Bestehen hervor. Mit der Fürsorge für Prostituierte begann die Arbeit am Anfang des vergangenen Jahrhunderts. Heute arbeiten 50 haupt- und 250 ehrenamtliche Mitarbeiter in zwei Frauenhäusern, einer Kindertagesstätte, betreuen Pflegefamilien und Alleinerziehende. Die Schwangerschaftsberatung ist ein weiterer Schwerpunkt. Daraus erwachsen ist das Spendenprojekt Madame Courage für allein erziehende Studentinnen, das weit über Münster hinaus bekannt geworden ist.

Borken. Richtfest konnte die Caritas Borken beim Neubau einer Reha-Einrichtung für psychisch kranke Menschen feiern. 20 stationäre und zwei Tagesplätze werden das alte Ignatius-Haus ersetzen. Das Gebäude ist bewusst mitten in ein Wohngebiet in Velen eingefügt worden, um den Bewohnern ein normales Wohnumfeld zu bieten. Bei den Baukosten von umgerechnet 2,3 Millionen Euro muss der Caritasverband zunächst mit einer Million in Vorlage treten, weil eingeplante Zuschüsse teilweise ausgefallen sind.

mit dem Bundesverdienstkreuz geehrt worden. **Theresia Sibum** engagiert sich seit über 20 Jahren im Klara-stift. Unterstützt wird sie dabei von ihrem Mann, der seit 15 Jahren die Vinzenz-Konferenzen in der Diözese Münster als Vorsitzender leitet.

Die Verleihung des Schlossordens durch die Moerser Karnevalsgesellschaft Humorica an **Margret Hanner** war ernst gemeint. Denn das ist kein Karnevalsorden für Narretei, sondern eine Auszeichnung für das soziale Engagement der Vorsitzenden der Caritas-Konferenz von St. Josef. Hanner ist außerdem aktiv in der Hospizbewegung.

Nach 32 Jahren als Vorsitzender des Caritasverbandes Tecklenburger Land hat sich **Pfarrer Bernhard Honsel** (76) auf den Posten des Ehrenvorsitzenden zurückgezogen. Er ist Mitgründer des in Ibbenbüren angesiedelten Verbandes. Ihm folgt der bisherige stellvertretende Vorsitzende **Hans Jacobi** nach.

Goldene Ehrenzeichen haben erhalten: **Elisabeth Witzka** (St.-Josefs-Haus, Wettringen), **Brigitte Watzel** (Clemenshospital, Münster) und **Anneliese Terharn** (Caritasverband für die Stadt Münster).



Fehlerhafte Beratung

KLD Unna-Massen macht auf fatale Folgen für Spätaussiedler aufmerksam

Unna. Die Katholische Aussiedler- und Flüchtlingshilfe in der Landesstelle Unna-Massen (KLD) stellt verstärkt fest, dass einreisende Spätaussiedler mangelhaft über die gesetzlichen Bestimmungen ihres Aufnahmeverfahrens informiert sind. So seien kaum noch Informationen über das Kriegsfolgenbereinigungsgesetz vorhanden. „Fachlich unkundige Berater in den Herkunftsgebieten veranlassen die ausreisewilligen Menschen häufig zu Fehlern, die hier nicht mehr behoben werden können“, weiß Bernhard Dittrich, Leiter der Katholischen Aussiedler- und Flüchtlingshilfe des Diözesan-Caritasverbandes.

In der Kritik steht besonders die Organisation „Wiedergeburt“. Durch Falschberatungen solcher und anderer Organisationen in den Herkunftsländern komme es oft zu dauerhaften Familientrennungen, weil das

Aufnahme- bzw. Einbeziehungsverfahren für erwachsene Kinder und deren Familien nicht abgewartet wurde. Auch würden häufig Geburten von Kindern oder Eheschließungen dem Bundesverwaltungsamt nicht gemeldet. Langwierige Prozesse der Familienzusammenführung nach dem Ausländerrecht beginnen und hindern so die Integrationsbereitschaft der bereits eingereisten Menschen.

Dittrich: „An diesem Punkt muss auch kritisch die Beratungspflicht der deutschen Auslandsvertretungen und ihre mangelnde Flexibilität in Augenschein genommen werden. Vieles könnte den Menschen an Problemen erspart bleiben, wenn die deutschen Beauftragten im Rahmen der Sprachtests nochmals fundierte Hinweise zum gesamten Aufnahmeverfahren geben würden.“ ◀

Dauerhafte Familientrennungen sind die Folge, wenn Spätaussiedler in den Herkunftsländern bestimmte Aufnahmeverfahren für Angehörige nicht einhalten. Diese menschlichen Tragödien werden durch Falschberatungen in den Herkunftsländern ausgelöst.
Foto: Sauer

Modellhafter Sprachkurs

In Lippstadt hat jetzt die modellhafte Erprobung eines Sprachkurses für Zuwanderer mit festem Aufenthaltsstatus begonnen. Die Kurs-Teilnehmer kommen aus elf Ländern. Der Sprachkurs ist unter Federführung des Diözesan-Caritasverbandes Paderborn und in Trägerschaft des Diözesanbildungswerkes Paderborn in enger Zusammenarbeit mit den Migrationsdiensten der örtlichen Wohlfahrtsverbände vorbereitet worden.

Für ein halbes Jahr werden die Zuwanderer fünf Stunden täglich gemeinsam die Schulbank drücken sowie miteinander und voneinander lernen. Am Ende des Kurses können die Teilnehmerinnen und Teilnehmer eine vom Goethe-Institut erarbeitete Prüfung ablegen und ein Zertifikat erwerben.

Hintergrund dieses Kurses ist der Plan der Bundesregierung, ab dem Jahr 2003 eine einheitliche Sprachförderung für alle Zuwanderer mit einem festen Aufenthaltsstatus einzuführen. Um erste Erfahrungen mit den Eckpunkten dieser Sprachförderung zu sammeln,

werden bereits an einigen Modellstandorten Kurse durchgeführt, deren Ergebnisse auf bundeseinheitliche Richtlinien Einfluss nehmen sollen. Ziel ist es, Teilnehmergruppen nach Sprachkenntnissen und Interessenlagen (z. B. Jugendsprachkurse, Voll- oder Teilzeitsprachkurse) zusammenzustellen.

Während des Sprachkurses ist eine sozialpädagogische Begleitung von 75 Std. für alle Teilnehmer vorgesehen. Dies erscheint den Fachleuten bei den Wohlfahrtsverbänden entschieden zu wenig, da nach ihrer Erfahrung die meisten Zuwanderer einen erheblich größeren Unterstützungsbedarf haben. Daher werden Arbeiterwohlfahrt, Caritasverband, Rotes Kreuz, Diakonisches Werk und SKM eine besondere bedarfsgerechte sozialpädagogische Begleitung anbieten. Auf Kritik stößt auch das neue Abrechnungssystem: Nicht mehr die Träger werden gefördert und erhalten damit Planungssicherheit, sondern die Teilnehmer können selbst über ein Gutschein-System entscheiden, welchem Kurs-Anbieter sie die ihnen zur Verfügung gestellte Vergütung zukommen lassen wollen. ◀



Cor Unum

Anne Sturm im päpstlichen Rat

Vatikanstadt. Anne Sturm, Mitglied des Diözesan-Vorstandes der Caritas-Konferenzen und Vizepräsidentin des Weltverbandes der Caritas-Ehrenamtlichen AIC, hat jetzt erstmals an einer Vollversammlung des Päpstlichen Rates Cor Unum

teilgenommen. Frau Sturm ist eine von drei Frauen in diesem von Papst Paul VI. gegründeten Rat für die menschliche und christliche Entwicklung. Er besteht aus sieben Kardinälen, einem Dutzend Bischöfen und ebenso vielen Vertretern kirchlicher Organisationen aus allen Kontinenten. Thema waren das Jahr der Freiwilligen und seine Auswirkungen auf das kirchliche Ehrenamt. Ebenfalls ging es um die Frage, welchen Platz caritativ tätige Ehrenamtliche und Verbände innerhalb der Kirche haben. Bemerkenswert, so Frau Sturm, die große Offenheit in anderen Ortskirchen für die Mitarbeit nicht katholischer Ehrenamtlicher. ◀

Höhepunkt der Cor-Unum-Vollversammlung war die Begegnung mit Papst Johannes Paul II. Anne Sturm aus Herne war als Delegierte des Weltverbandes der caritativ tätigen Ehrenamtlichen AIC dabei. In der Mitte der aus dem Erzbistum Paderborn stammende Cor-Unum-Präsident Erzbischof Paul Cordes.

Foto: privat

LOBBY wird mobil

Paderborn. LOBBY, die Anlaufstelle des örtlichen Caritas-Verbandes Paderborn für Kinder und Jugendliche in Konfliktsituationen, ist nun auch im gesamten Kreis Paderborn präsent. Hierzu ist nicht nur eine neue Planstelle für einen Mitarbeiter geschaffen worden, sondern auch ein neues, mobiles Angebot. Eine Stiftung ermöglichte die Anschaffung eines Bullis. Dieses Fahrzeug wird an den jeweiligen Szenepunkten

als mobile Beratungsstelle eingesetzt. LOBBY bietet seit drei Jahren Hilfe für Kinder und Jugendliche, die von den herkömmlichen Jugendhilfeangeboten nicht oder nur schwer erreicht werden. Eine besondere Zielgruppe sind Kinder und Jugendliche, die bereits Drogen konsumieren oder erste Kontakte zur „Szene“ unterhalten. Adressaten der Hilfe sind u. a. sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche, Minderjährige mit psychischen Auffälligkeiten, Kinder und Jugendliche ethnisch-kultureller Minderheiten, Schulaussteiger und arbeitslose Jugendliche. ◀

Integration ist auch staatliche Aufgabe

Caritasverband Witten informierte über Zuwanderungsgesetz

Witten. Über die Auswirkungen des Zuwanderungsgesetzes auf die Integrationsarbeit mit Migranten in Witten informierte jetzt der Caritasverband Vertreter aus Politik, Verwaltung und Einrichtungen der Wohlfahrtspflege. Dass Zuwanderung ein heikles Thema ist, verdeutlichte Caritasgeschäftsführer Hartmut Claes. Er appellierte an die Politiker: „Halten Sie das Thema Zuwanderung aus dem Wahlkampf heraus!“ Bei den meisten Zuwanderern handele es sich um Menschen mit schweren Schicksalen, die nicht für parteipolitische Ziele missbraucht werden dürften. Diese Schicksale sind den Mitarbeitern des Migrationsdienstes im Caritasverband Witten bekannt. Deshalb

begrüßen sie die verstärkten Anstrengungen des Staates zur Integration der Zuwanderer. „Erstmals ist jetzt klar, dass Integration nicht nur eine Anforderung an die Migranten ist, sondern staatliche Aufgabe“, erklärte Caritas-Mitarbeiter Michael Raddatz-Heinrich. Ein Schwerpunkt seien dabei Deutschkurse, die der Caritasverband bereits seit längerer Zeit anbietet. Darüber hinaus werden in so genannten Orientierungskursen Zuwanderer mit dem Leben in Deutschland vertraut gemacht. „Sie lernen die wichtigsten Grundwerte und Eigenschaften der deutschen Gesellschaft“, beschreibt Raddatz-Heinrich das Ziel der Kurse. Aber nicht alles am neuen Zuwanderungsgesetz kann kritiklos hingenommen werden. Peter Schibalski vom Diözesan-Caritasverband vermisst eine klare Regelung der Finanzen. „Es ist zu befürchten, dass die Kommunen wieder zahlen müssen, was der Bund beschlossen hat“, so Schibalski, der auch die Gefahr sieht, dass das meiste Geld in die Sprachkurse fließen wird und somit den anderen wertvollen Angeboten fehlt. ◀ D. F.

Kinder malen „starke Mütter“

Castrop-Rauxel. Viel Herz für seine Mutter zeigte Manuel Thömmes aus Castrop-Rauxel in seinem Beitrag zum Schülermalwettbewerb „Kinder machen Mütter stark“ der Arbeitsgemeinschaft für Müttergenesung im Erzbistum Paderborn. Die Castrop-Rauxeler Jury prämierte unter 74 Einsendungen sechs Bilder, die Mütter in verschiedenen Alltagssituationen zeigen. Die Kinder waren aufgerufen, sich künstlerisch mit der Frage auseinander zu setzen, was Mütter stark macht und wie Kinder ihnen dabei helfen können. Die besten Beiträge werden bei der Endausscheidung zum

Diözesanfest Libori in Paderborn gezeigt. Insgesamt haben rund 1200 Grundschüler an acht Standorten im Erzbistum an dem Malwettbewerb teilgenommen. Schirmherr der Aktion war Erzbischof Johannes Joachim Kardinal Degenhardt. Die bistumsweit besten Arbeit werden zu Libori präsentiert. ◀

C. K.



Foto: Konopka

Caritas-Telegramm

Wickede. Das Marien-Krankenhaus, Wickede-Wimbern, gehört nicht mehr zum Deutschen Orden. Neue Eigentümerin ist seit März die gemeinnützige St. Ursula GmbH, an der die katholischen Krankenhäuser in Menden, Unna und Werl beteiligt sind. In der neuen Gesellschaft ist mit vier Prozent auch die CURA Beratungs- und Beteiligungsgesellschaft vertreten. Das Marienkrankenhaus war 1950 von den Steyler Missionsschwestern gegründet worden. Seit sechs Jahren gehörte es dem Deutschen Orden. Durch dessen finanzielle Schieflage geriet auch die Klink in Wimbern in die Krise.

Witten. Seit Februar bieten die katholischen Kindergärten St. Josef und St. Marien in Witten ehrenamtliche Sprachkurse für Eltern und Kindergartenkinder. Die Freiwilligenagentur „mobile“ konnte sieben ehrenamtliche Lehrerinnen, größtenteils pensionierte Pädagoginnen, für diese Aufgabe gewinnen. Zwei- bis dreimal pro Woche vermitteln sie Grundkenntnisse der deutschen Sprache. Dass das Lernen auch Spaß machen kann, beweist die Resonanz. Allein in St. Marien nehmen 26 der 27 ausländischen Kinder teil. Auch viele Mütter machen mit.

Attendorn. In der Caritas-Station Attendorn ist eine Kontakt- und Beratungsstelle für psychisch Kranke eröffnet worden. Einmal in der Woche haben Betroffene, Angehörige sowie Interessierte die Möglichkeit, über Probleme und Sorgen zu berichten. Ähnliche Angebote des Caritasverbandes Olpe gibt es auch in Lennestadt und Olpe.

Warburg. Das St.-Laurentius-Heim hat die erste Außenwohngruppe für behinderte Kinder eingeweiht. Die Segnung des umgebauten Wohnhauses nahm Msgr. Roman Kopetz, Geistlicher Rektor des Laurentiusheimes, vor. Die Wohngruppe „St. Florian“ bietet Platz für zehn Kinder. Für Jugendliche bestehen bereits mehrere ausgelagerte Wohngruppen im Raum Warburg.

Paderborn. Sein 50-jähriges Bestehen hat der IN VIA-Bezirksverband Paderborn gefeiert. Über 100 Gäste konnte Vorsitzende Elisabeth Keuper zum Festakt in der Gemeinde St. Hedwig begrüßen. Vertreter von Stadt, Arbeitsamt und Diözesan-Caritasverband würdigten die Bedeutung der katholischen Mädchensozialarbeit. IN VIA engagiert sich insbesondere für die berufliche Integration benachteiligter Frauen. Bildungsarbeit und Bahnhofsmision sind weitere Aufgabenfelder.



Jetzt 530 Arbeitsplätze

Neue Betriebsstätte für Behinderte

Paderborn. Die Schlosswerkstätten Paderborn haben im April eine neue Betriebsstätte eröffnet. In nur sechsmonatiger Bauzeit wurde am Paderborner Biberweg eine Behindertenwerkstatt gebaut, die den neuesten Anforderungen gerecht wird. Sie bietet 115

Personen mit geistiger/körperlicher Behinderung einen Arbeitsplatz. Das Gebäude ist vorerst angemietet, soll aber nach Bewilligung der Fördermittel von Bund und Land frühestens 2004 käuflich erworben werden. Grund für den Neubau ist die beengte Platzsituation an der Betriebsstätte am Merschweg in Schloss Neuhaus. Insgesamt beschäftigen die Schlosswerkstätten jetzt 530 Behinderte und 95 Angestellte. Kunden sind u. a. die Firmen Siemens, Benteler, Welle und Forbo. Träger der Schlosswerkstätten ist der Verein für Caritasheime des Erzbistums Paderborn. ◀



Die frühere Diözesan-Geschäftsführerin der Caritas-Konferenzen, Maria Reichmann (Mitte), mit ihren Nachfolgerinnen Christel Sulk (rechts) und Annette Rieger. Das Foto stammt aus dem Jahr 1995. (Foto: Sauer)

Glückwunsch!

Maria Reichmann wurde 80 Jahre alt

Paderborn. Ihren 80. Geburtstag feierte am 26. März die ehemalige Geschäftsführerin der Caritas-Konferenzen im Erzbistum Paderborn, Maria Reichmann. In ihrer langen Amtszeit von 1945 bis 1983 hatte die Diplom-Sozialarbeiterin aus Büren wesentlichen Anteil am

Aufschwung der ehrenamtlichen Caritasarbeit in der Erzdiözese nach dem Zweiten Weltkrieg. Gemeinsam mit Weihbischof Dr. Paul Nordhues hat sie die Strukturen geschaffen, die heute noch gültig sind. Zahlreiche Initiativen sind durch Frau Reichmann, die zugleich das Referat Frauencaritas im Diözesan-Caritasverband leitete, ins Leben gerufen worden: U. a. organisierte sie unmittelbar nach dem Krieg die Verteilung ausländischer Lebensmittelspenden. Ende der 50er Jahre startete sie die ersten Kurse zur Ausbildung von Hauspflege-Helferinnen. Zur Gewinnung und Schulung jüngerer Konferenz-Vorsitzender entwickelte Frau Reichmann besondere Vorsitzenden-Seminare. ◀



Ob Anrufer oder Besucher: Für den ersten Kontakt sorgte 40 Jahre lang Marianne Marxcord in der Zentrale des Diözesan-Caritassekretariates. Foto: Sauer

Menschen in der Caritas

Erzbischof Johannes Joachim Kardinal Degenhardt hat den Vorsitzenden des Caritasverbandes für das Erzbistum Paderborn, **Geistlichen Rat Thomas Dornseifer**, zum Geistlichen Beirat der Caritas-Konferenzen im Erzbistum Paderborn ernannt. Dornseifer tritt die Nachfolge von **Prälat Joseph Becker** an, der dieses Amt seit 1993 innehatte.

Marianne Wessler, seit über 30 Jahren Caritas-Ehrenamtliche in Hövelhof bei Paderborn und langjähriges Vorstandsmitglied des Caritas-Verbandes Paderborn, ist mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet worden. Frau Wessler ist Mitbegründerin der Caritas-Konferenz ihrer Gemeinde sowie des Fördervereins für das Caritas-Altenzentrum Hövelhof. Die Entstehung dieser Altenhilfe-Einrichtung geht wesentlich auf ihre Initiative zurück.

Prälat Manfred Erdmann, Lagerpfarrer in der Landesstelle Unna-Massen, ist im Alter von 66 Jahren verstorben. Für Tausende von Aussiedlern war Prälat Erdmann Ansprechpartner und Begleiter bei der Behausung in das kirchliche und gesellschaftliche Leben in Deutschland. Auf seine Initiative hin wurden gymnasiale Fördereinrichtungen für die Kinder der Aussiedler geschaffen. Seine Devise war einfach: Die Kirche kennt keine Fremden. R. I. P.

Nach 40 Jahren Dienst in der Zentrale des Diözesan-Caritassekretariates ist **Marianne Marxcord** Ende April in den Ruhestand verabschiedet worden. Seit der Gründung von „Caritas in NRW“ vor 30 Jahren betreute sie auch den diözesanen Verteiler der Zeitschrift. Im Rahmen eines Mitarbeiterempfangs wurde sie mit dem Goldenen Caritas-Ehrenzeichen ausgezeichnet. Ebenfalls in den Ruhestand verabschiedet wurde **Sigrun Weigel**, die seit 20 Jahren im Referat Kur- und Erholungshilfe tätig war.

